

**Haushaltsplan
der Stadt Nürnberg
2015**

Band 1 Gesamthaushalt



Inhalt

F. Lagebericht

F.1	Allgemeine Daten	20
F.2	Ziele und Schwerpunkte der Stadtpolitik	21
F.3	Kurzer Rückblick auf das Jahr 2013 und aktueller Stand 2014	22
F.4	Vermögens- und Finanzlage	25
F.5	Ertragslage	40
F.6	Beurteilung der dauernden Leistungsfähigkeit	55
F.7	Abweichungen zum Vorjahres-Finanzplan	57
F.8	Wirtschaftliche Lage ausgewählter Beteiligungen	59
F.9	Zusammenfassung und Ausblick	65

Ansprechpartner:

Finanzreferat

Tel: +49 (0) 911 / 2 31-23 52

Stadtkämmerei

Tel.: +49 (0) 911 / 2 31-25 48

F.1 Allgemeine Daten zu Nürnberg

<u>Geographie</u>	Einheit	Werte	Datenbezug
Fläche	km²	186,46	04/2014
Lage	Grad, Minuten, Sekunden	49°27'20" nördliche Breite 11°04'43" östliche Länge	07/2014
Höhenlage (über NN)	m über NHN	309	07.2014
<u>Bevölkerung</u>			
Bevölkerung mit Hauptwohnung	Anzahl	497.843	09/2013*
Bevölkerungsdichte	Einwohner je km²	2.754	04/2014
Wohnungen	Anzahl	286.476	04/2014
<u>Arbeitsmarkt</u>			
Erwerbstätige	Anzahl	360.900	2011
Arbeitslose im Stadtgebiet	Anzahl	21.618	04/2014
Arbeitslosenquote	%	7,8	04/2014
Einpendler (bezogen auf sozialversicherungs- pflichtig Beschäftigte)	Anzahl	144.188	2012
<u>Steuer-Hebesätze</u>			
Gewerbsteuer-Hebesatz (seit 1989 unverändert)	%	447	07/2014
Grundsteuer A-Hebesatz (für land- und forstwirt- schaftlichen Grundbesitz)	%	332	07/2014
Grundsteuer-B-Hebesatz (für andere Grundstücke)	%	535	07/2014
<u>Sonstiges</u>			
Zugelassene Kraftfahrzeuge	Anzahl	296.204	04/2014

* Quelle: Bayerisches Landesamt für Statistik. Bei der Planung für das Jahr 2015 wird eine Einwohnerzahl von 497.843 zugrunde gelegt.

F.2 Ziele und Schwerpunkte der Stadtpolitik

„Nürnberg soll eine Stadt für alle sein - getragen von einer solidarischen Stadtgesellschaft, die urbanes Leben nachhaltig gestaltet.“

Als Ergebnis der Kommunalwahl im März 2014 wurden unter dem Titel „Nürnbergs Zukunft gemeinsam gestalten“ von den beiden größten Stadtratsfraktionen folgende Schwerpunkte für die Stadtratsperiode 2014 bis 2020 benannt:

- Bildung, Betreuung und Schulpolitik
- Soziale Gerechtigkeit und Inklusion/Integration
- Stadtentwicklungsfragen/Stadtgestaltungsfragen
- Verkehrsfragen
- Wohnungsbau und Flächenpolitik
- Das soziale und solidarische Nürnberg,
- Senken der Arbeitslosigkeit
- Stadtökologie
- Nachhaltige wirtschaftliche Entwicklung
- Solide Haushaltspolitik
- Ein attraktives Kulturleben
- Anhaltend hohe öffentliche Sicherheit und Sauberkeit

(aus: Präambel: Nürnberg's Zukunft gemeinsam gestalten – Vereinbarung zwischen SPD und CSU für die Stadtratsperiode 2014 - 2020, Juni 2014)

Für das Einzelthema „Haushalt, Finanzen und Investitionen“ wurden im Rahmen der Vereinbarung folgende Punkte festgelegt:

„Der städtische Haushalt ist seit 2010 positiv. 2012 gelang der Einstieg in eine moderate Schuldentilgung. Beide Kooperationspartner streben eine Fortführung der soliden Haushaltspolitik an. Ziel bleibt ein jeweils ausgeglichener Haushalt und eine Begrenzung der Neuverschuldung und wenn möglich darüber hinaus eine Reduzierung der Verschuldung.

Die vom Nürnberger Stadtrat geplanten Investitionen reichen weit über den aktuellen mittelfristigen Investitionsplan und die kommende Stadtratsperiode hinaus. Die Vertragspartner bekennen sich zur Umsetzung der im „Szenario 2026“ (dies ist eine nicht politisch gewichtete Liste mit bisher bekannten Objekten. Die Priorisierung erfolgt jährlich in den MIP-Beratungen. Die Liste ist eine Anlage dieses Vertrags) enthaltenen Projekte in den Bereichen Schulneubauten und -sanierungen, der weitere Ausbau von Krippen und Horten, den benannten ÖPNV-, Straßen- und Brückenmaßnahmen sowie den im Bereich der Kultur und Umwelt wichtigen Projek-

ten. Die Finanzierung der bereitzustellenden Eigenmittel soll weitgehend aus dem laufenden Haushalt gewährleistet werden, auch eine Priorisierung oder Streckung der Realisierung ist gegebenenfalls zu prüfen, um eine Nettoneuverschuldung zu vermeiden.

Sollten im Rahmen der Abarbeitung der Investitionsliste (Szenario 2026) Finanzierungsprobleme auftauchen, ist eine vorübergehende Nettokreditaufnahme nicht ausgeschlossen. Bereits bei der Aufnahme wird über die zeitliche und finanzielle Rückführung dieser Kreditaufnahme ein - zwischen den Vertragspartnern einvernehmlicher - Beschluss gefasst.“

Rechnungsergebnis 2013

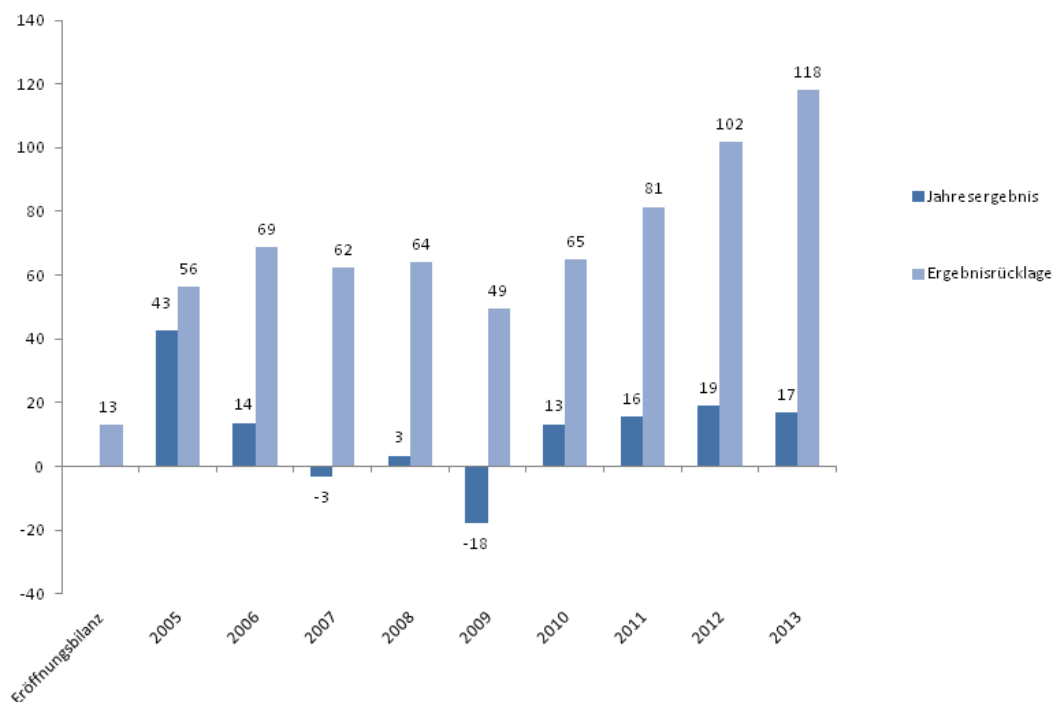
Die Gesamtergebnisrechnung 2013 schließt mit einem Jahresüberschuss in Höhe von 16,99 Mio. € ab, womit der Planansatz von 15,60 Mio. € leicht übertroffen werden konnte. Somit konnte ein höherer Betrag im Rahmen der Ergebnisverwendung der Ergebnisrücklage zugeführt werden. Diese konnte damit erfreulicherweise auf 118,2 Mio. € (Vorjahr: 101,7 Mio. €) gesteigert werden. Die Ergebnisrücklage dient dem Ausgleich etwaiger zukünftiger Jahresfehlbeträge und hat sich seit 2009 mehr als verdoppelt.

163,0 Mio. € im Plan haben zur Erreichung des insgesamt guten Jahresergebnisses beigetragen.

Das Jahr 2013 war von einer weiterhin soliden Wirtschaftsentwicklung geprägt. Das Gewerbesteueraufkommen erreichte mit 423,8 Mio. € gegenüber dem Vorjahr mit 379,1 Mio. € einen neuen Rekordwert und hat das Plansoll von 414,0 Mio. € deutlich übertroffen. Die Einkommensteuer hat sich mit einem Aufkommen von 217,5 Mio. € weiterhin sehr positiv entwickelt. Auch die Schlüsselzuweisungen mit 180,6 Mio. € gegenüber

Entwicklung der Jahresergebnisse und der Ergebnisrücklage seit 2005

in Mio. €



Ergebnisrechnung Rückblick (in €)	Ist 2013	Plan 2013	Ist 2012	Abweichung Ist 2013/2012
1 Steuern und ähnliche Abgaben	-810.415.073,52	-793.223.000,00	-747.908.699,91	-62.506.373,61
2 + Zuwendungen und allgemeine Umlagen	-412.040.303,52	-364.030.892,00	-362.435.744,67	-49.604.558,85
3 + Sonstige Transfererträge	-4.741.688,33	-5.072.700,00	-5.597.069,36	855.381,03
4 + Öffentlich-rechtliche Leistungsentgelte	-56.287.949,18	-58.931.162,00	-58.390.103,69	2.102.154,51
5 + Auflösung von Sonderposten	-43.754.179,97	-40.834.141,00	-43.428.591,01	-325.588,96
6 + Privatrechtliche Leistungsentgelte	-41.267.615,52	-36.770.289,00	-39.374.528,56	-1.893.086,96
7 + Kostenerstattungen und Kostenumlagen	-161.967.249,23	-158.637.000,00	-142.347.906,17	-19.619.343,06
8 + Sonstige ordentliche Erträge	-79.450.077,22	-49.481.793,00	-82.551.946,63	3.101.869,41
9 + Aktivierte Eigenleistungen	-2.981.354,36	-5.077.100,00	-1.517.555,57	-1.463.798,79
10 +/- Bestandsveränderungen	-372.672,24	-700.000,00	-597.008,81	224.336,57
S1 = Ordentliche Erträge (= Zeilen 1 bis 10)	-1.613.278.163,09	-1.512.758.077,00	-1.484.149.154,38	-129.129.008,71
11 - Personalaufwendungen	447.015.394,93	388.785.680,00	365.253.053,82	81.762.341,11
12 - Versorgungsaufwendungen	94.619.407,69	102.517.219,00	87.836.869,92	6.782.537,77
13 - Aufwendungen für Sach- und Dienstleistungen	210.412.536,60	209.345.681,00	193.149.873,47	17.262.663,13
14 - Planmäßige Abschreibungen	94.323.151,38	92.580.630,00	89.347.253,62	4.975.897,76
15 - Transferaufwendungen	654.404.396,72	624.491.854,00	640.243.122,72	14.161.274,00
16 - Sonstige ordentliche Aufwendungen	78.441.235,80	64.315.994,00	67.412.666,37	11.028.569,43
S2 = Ordentliche Aufwendungen (= Zeilen 11 bis 16)	1.579.216.123,12	1.482.037.059,00	1.443.242.839,92	135.973.283,20
S3 = Ergebnis der laufenden Verwaltungstätigkeit (=Saldo S1 und S2)	-34.062.039,97	-30.721.018,00	-40.906.314,46	6.844.274,49
17 + Finanzerträge	-31.739.639,75	-26.049.610,00	-25.183.837,65	-6.555.802,10
18 - Zinsen und sonstige Finanzaufwendungen	45.211.585,01	52.406.520,00	49.226.663,98	-4.015.078,97
S4 = Finanzergebnis (= Saldo Zeilen 17 und 18)	13.471.945,26	26.356.910,00	24.042.826,33	-10.570.881,07
S5 = Ordentliches Ergebnis (= S3 und S4)	-20.590.094,71	-4.364.108,00	-16.863.488,13	-3.726.606,58
19 + Außerordentliche Erträge	-2.060.551,28	-131.400,00	-4.257.691,06	2.197.139,78
20 - Außerordentliche Aufwendungen	5.642.677,23	168.500,00	1.936.798,73	3.705.878,50
S6 = Außerordentliches Ergebnis (=Saldo Zeilen 19 und 20)	3.582.125,95	37.100,00	-2.320.892,33	5.903.018,28
S7 = Jahresergebnis (= S5 und S6)	-17.007.968,76	-4.327.008,00	-19.184.380,46	2.176.411,70

Hinweis: Der SAP-Logik folgend, haben Erträge ein negatives, Aufwendungen ein positives Vorzeichen. Daher sind auch Defizite mit Pluszeichen und Überschüsse mit einem Minuszeichen versehen.

Haushaltsjahr 2014

Für den Haushaltsplan 2014 wurde im November 2013 mit einem Überschuss von 23,2 Mio. € geplant. Aufgrund der Entwicklung der Gewerbesteuer im Jahresverlauf mit einem voraussichtlichen Jahresendergebnis von rund 392 Mio. € dem ein Planansatz von 435,4 Mio. € gegenübersteht, kann nicht mehr von einem Erreichen des Jahresergebnisses ausgegangen werden.

Dagegen entwickelt sich der Anteil an der Einkommensteuer mit einem hochgerechneten Erwartungswert von 243,9 Mio. € besser als der Planansatz von 234,4 Mio. €.

Die Schlüsselzuweisungen betragen im Jahr 2014 153,3 Mio. € und liegen damit 6,7 Mio. € unter dem Planwert von 160 Mio. €.

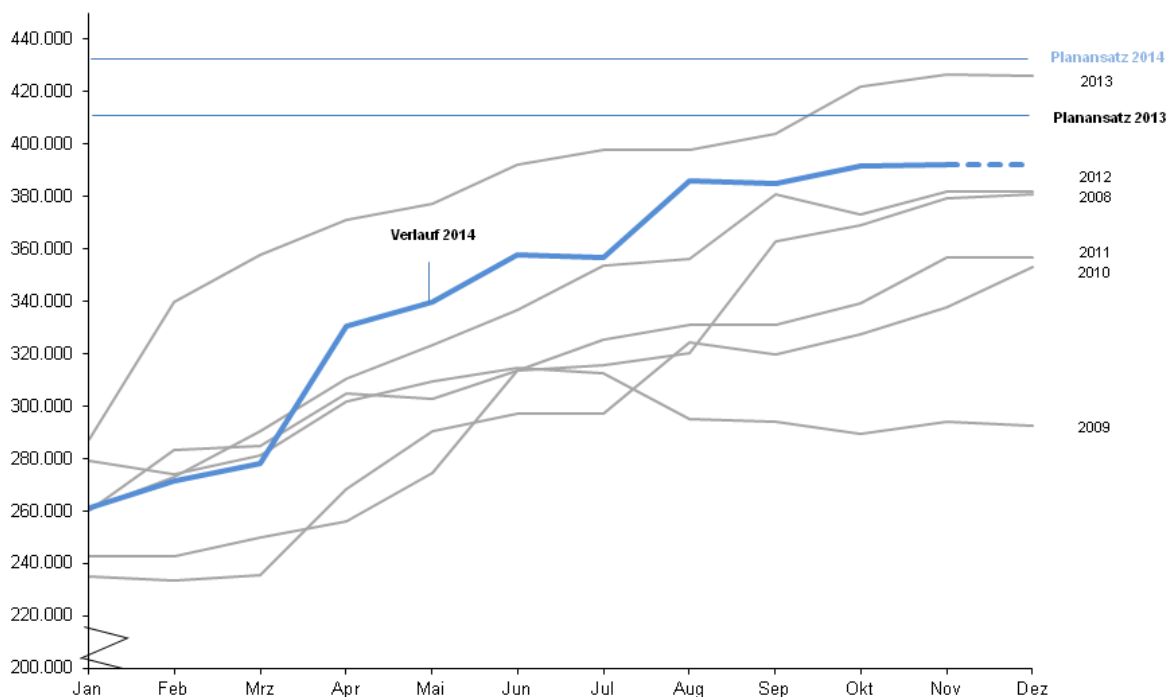
Ferner wurden im Ältestenrat und Finanzausschuss am 3. November 2014 für den Zeitraum Januar bis August folgende Aussagen getroffen:

„Die öffentlich-rechtlichen und privatrechtlichen Erträge entwickeln sich im Berichtszeitraum verglichen mit dem anteiligen Planwert und dem Vorjahreswert positiv.“

Die um Rückstellungsbuchungen bereinigten Personalaufwendungen liegen im Bereich der Planzahlen. Aufgrund tariflicher und besoldungsrechtlicher Entwicklungen steigen die Personalaufwendungen im Jahr 2014 entsprechend an.

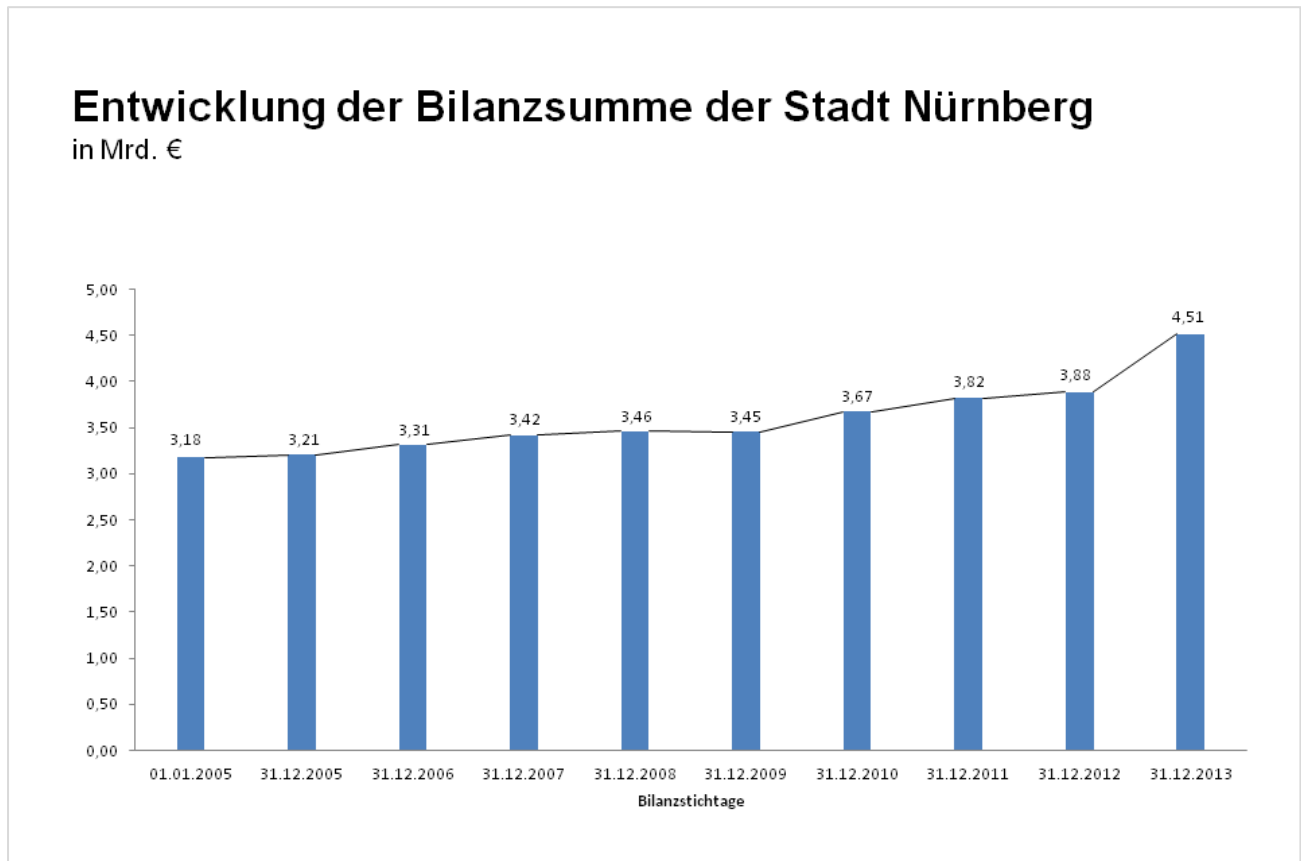
Nach der aktuellen Datenlage und nach den durchgeführten Hochrechnungen werden die Sozialtransferleistungen mit aller Wahrscheinlichkeit die geplanten Werte überschreiten. Zum einen liegt eine Ursache darin, dass die ursprüngliche dezentrale Planung für das Jahr 2014 zentral gekürzt wurde, um eine ambitionierte Zielerreichung zu gewährleisten. Zum anderen wirken sich Kosten- und Fallzahlentwicklungen negativ auf das zu erwartende Ergebnis aus. An verschiedenen Stellen wurde bei SHA und J ein Leistungs- und Fallcontrolling installiert, das mittlerweile Steuerungsinformationen liefert. Da die Entwicklung der Anzahl der Leistungsempfänger von sehr vielen exogenen Faktoren abhängig ist, oftmals die Leistungshöhe durch Gesetz bestimmt wird und diese sich an der Preisentwicklung orientiert, ist eine gezielte Beeinflussung und Steuerung der Sozialtransferleistungen nur bedingt möglich.“

Aktueller Gewerbesteuerverlauf (in T€)



F.4 Vermögens- und Finanzlage

Das städtische Vermögen steigt seit Jahren kontinuierlich an. Die Bilanzsumme hat sich in den vergangenen Jahren wie folgt entwickelt:



Zur Beurteilung der Vermögens- und Finanzlage werden in den folgenden Ausführungen ausgewählte Vermögens- und Finanzposten, nämlich

- das Anlagevermögen,
- die Verbindlichkeiten und Schulden,
- die Rücklagen und Rückstellungen und
- die Liquidität und Kassenkredite

einer näheren Betrachtung unterzogen:

F.4.1 Anlagevermögen

Das städtische Anlagevermögen wies in den letzten Jahren einen deutlichen Trend nach oben auf. Besonders hervorzuheben ist die Neubewertung der städtischen Grundstücke im Jahr 2013, durch die der Sprung über die 4 Mrd. €-Grenze gelungen ist. Zwischen den Jahren 2012 und 2013 (für diese Jahre liegen die Bilanzen vor) erhöhte sich das Anlagevermögen dadurch um 17,0 % (Vorjahr: 2,3 %).

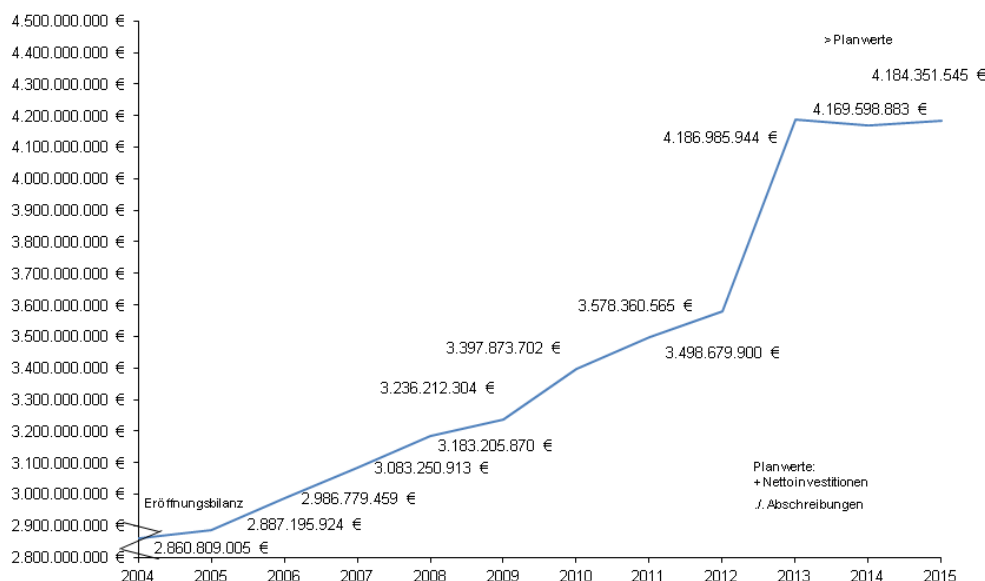
In den Folgejahren 2014 und 2015 haben sich Nettoinvestitionen laut MIP und Abschreibungen in Summe in etwa auf gleichem Niveau eingependelt. Die Neustrukturierung des MIP wirkt sich hier gegenüber den Vorjahren etwas reduzierend auf die Planwerte aus.

Die tatsächliche Entwicklung des Anlagevermögens wird stark von den bilanziellen Aktivierungen abhängen. Hier sind gegenüber den dargestellten Werten noch deutliche Verschiebungen zu erwarten, die unter anderem auf den Baufortschritt im Vergleich zu den angesetzten Mitteln zurückgeführt werden können.

Im Jahr 2015 werden die geplanten Nettoinvestitionen um 14,8 Mio. € über den geplanten Abschreibungen liegen.

Entwicklung des Anlagevermögens der Stadt Nürnberg

Bilanzwerte und Planwerte laut MIP (Nettoinvestitionen ./. Abschreibungen)



Investitionen in den Jahren 2015 - 2018

Die städtischen Investitionen werden im Mittelfristigen Investitionsplan (MIP) festgeschrieben und wirken sich mittelbar auf den Ergebnishaushalt aus. Sie belasten das Ergebnis in den Folgejahren durch Abschreibungen und durch die finanzierungsbedingten Zinsaufwendungen. Ferner entstehen bei neuen Einrichtungen dauerhaft zusätzliche Betriebskosten (Personal, Unterhalt etc.).

Der MIP 2015-2018 wurde über den Gesamtzeitraum gesehen mit einem nochmals erhöhten Niveau geplant (+ 7,9 % mehr städtische Mittel, brutto + 8,7%). Der MIP erreicht damit im vierjährigen Planungszeitraum ein Volumen von 815,4 Mio. € bzw. 421,4 Mio. € an städtischen Mitteln.

Die Werte des ersten Jahres sind im Vergleich zum Vorjahr deutlich um 40,8 % auf 113,4 Mio. € bei den städtischen Mitteln angestiegen. Die Bruttoinvestitionen mit Fördermitteln betragen bei einem Wachstum von 26,6 % 196,4 Mio. €.

Die Angaben beziehen sich jeweils auf den investiven Anteil.

Folgende neue bzw. zusätzliche Maßnahmen sind dabei hervorzuheben:

- Hortnotprogramm (9,5 Mio. €)
- Kita van-Gogh-Straße (6 Mio. €)
- Thoner Espan - Provisorien für Schule und Hort (4,9 Mio. €)
- Uhlandstraße im Bereich der Uhlandschule (1,4 Mio. €)
- Straßenbahn bis Wegfeld: Bau (1,3 Mio. € zusätzlich)
- Äußere Sulzbacher Straße (insgesamt 2,1 Mio. €)
- Wöhrder See (3,5 Mio. €)
- Umzug Verkehrsrechner (3,0 Mio. €)
- Generalsanierung U-Bahnhof Muggenhof (2,9 Mio. €)
- Planungskosten StUB (2,5 Mio. €)
- Ringbuslinien (1,9 Mio. € in 2016)
- Höhere Planungsmittel für H, SÖR und wbg-k (2,7 Mio. € zusätzlich, insgesamt plus 11,2 Mio. € zusätzlich über reguläre Fortschreibung hinaus)
- Anschlussstelle Langwasser und Gleiwitzer Str. wegen A6-Umbau (2,1 Mio. €, davon städtisch 1,1 Mio. €)

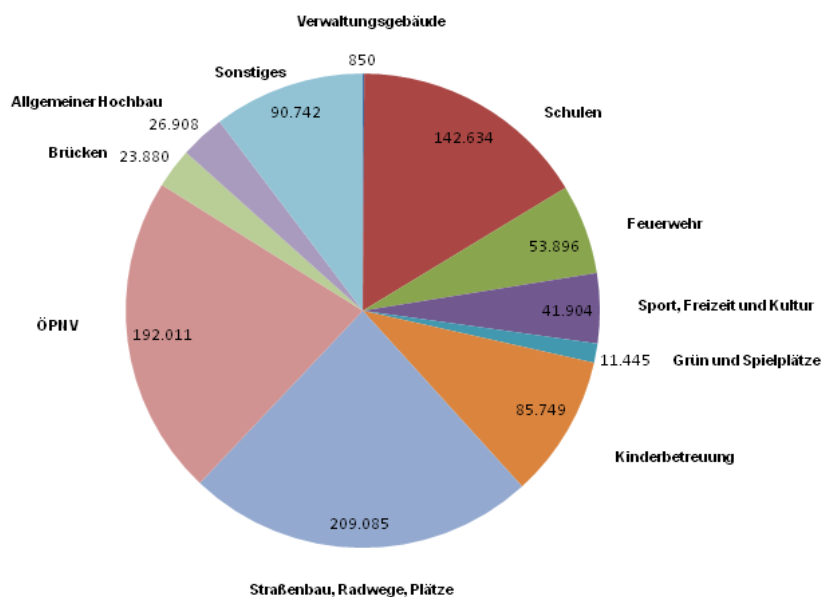
Alle weiteren Maßnahmen wurden entsprechend fortgeschrieben.

Aus technischen Gründen werden bei der grafischen Darstellung auf der nächsten Seite sowohl investive als auch konsumtive Bestandteile des MIP abgebildet. Die Darstellungen basieren ferner noch auf der bisherigen Erstellungslogik mit einer leicht abweichenden Zahlenbasis. Voraussichtlich mit dem nächsten Haushalt werden im Rahmen des Abrundungsprojektes der SAP-Software die Werte ebenfalls auf die neue Logik und auf ausschließlich investive Bestandteile umgestellt.

Investitionsschwerpunkte 2015-2018: Bruttoinvestitionen

i.H.v. 879,1 Mio. € (investiv und konsumtiv in T€ im Rahmen des Mittelfristigen Investitionsplanes)

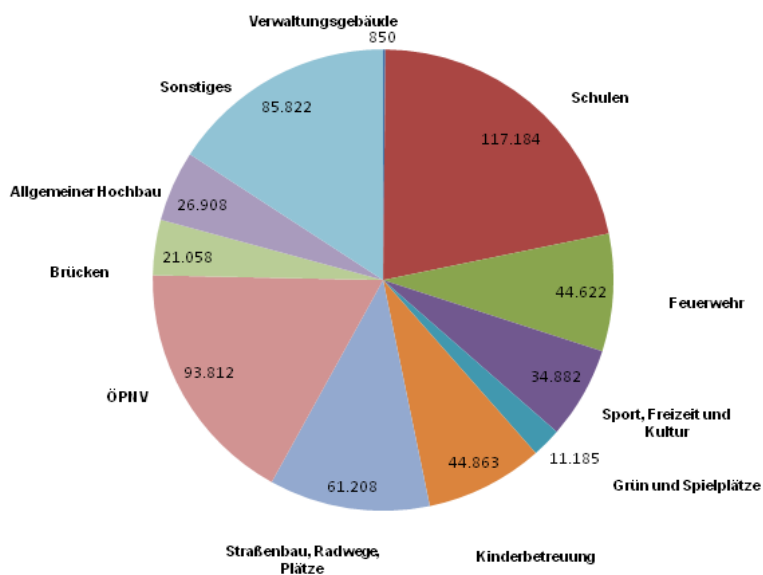
Bitte Hinweis zur Datengrundlage beachten.



Investitionsschwerpunkte 2015-2018: städtische Mittel

i.H.v. 542,4 Mio. € (investiv und konsumtiv in T€ im Rahmen des Mittelfristigen Investitionsplanes)

Bitte Hinweis zur Datengrundlage beachten.



Übersicht
über die aus Verpflichtungsermächtigungen
voraussichtlich fällig werdenden Auszahlungen

Als Verpflichtungsermächtigung bezeichnet man eine im Haushaltsplan veranschlagte Ermächtigung, die es ermöglicht, Verpflichtungen für Investitionen oder Investitionsfördermaßnahmen einzugehen, die erst in späteren Haushaltsjahren zu Auszahlungen führen.

Verpflichtungsermächtigungen im Haushaltsplan des Jahres ¹⁾	Voraussichtlich fällige Auszahlungen in 1.000 €		
	2016	2017	2018
2013	18.725	-	-
2014	21.412	19.858	-
2015	177.339	100.830	45.348
Summe	217.476	120.688	45.348
Nachrichtlich: Im Mittelfristigen Finanzplan vorgesehene Kreditaufnahmen.	115.800	104.900	57.000

Neue Verpflichtungsermächtigungen laut Haushaltssatzung:

177.339.000 €

100.830.000 €

45.348.000 €

323.517.000 €

¹⁾ Durch einen Beschluss des Stadtrats zum Haushaltsvollzug 2015 wird sichergestellt, dass die hier ausgewiesenen bzw. im Vollzug bewilligten Verpflichtungsermächtigungen, mit Ausnahme der U-Bahnansätze, der Ansätze für Schulen, Kindertagesstätten, die Kapitalerhöhung NürnbergMesse und den Ausbau des Frankenschnellwegs nur bis zur Hälfte freigegeben werden können.

Die Verpflichtungsermächtigungen aus Vorjahren, die nicht in Anspruch genommen wurden („freigegeben wurden“), werden erneut veranschlagt und bedürfen der Beschlussfassung durch den Stadtrat.

F.4.2 Verbindlichkeiten und Schulden

Die Schulden der Stadt Nürnberg im Kernhaushalt sind zum Jahresende 2013 auf den Stand von 1.256,2 Mio. € gesunken. Darin enthalten sind die Verbindlichkeiten aus Krediten, also die klassischen Darlehen von Sparkassen und Banken, die Anleihe, Schuldscheindarlehen sowie die Verbindlichkeiten aus ÖPP/ÖÖP-Verträgen (sogenannte kreditähnliche Rechtsgeschäfte). Die Stadt Nürnberg trägt hiermit explizit der wachsenden Bedeutung dieser Verträge Rechnung, in dem diese - im Gegensatz zu anderen Kommunen - in die Verschuldungszahlen mit einbezogen werden.

Zum Jahresende 2014 werden die Verbindlichkeiten der Stadt voraussichtlich im Ist auf einen Planwert von 1.300,3 Mio. € steigen. Hierin enthalten ist mit 19,8 Mio. € erstmals der ÖPP-Vertrag des fertiggestellten Förderzentrums Paul-Moor. Die insgesamt höhere Verschuldung gegenüber dem Planwert ist den rückläufigen Steuererträgen bei der Gewerbesteuer geschuldet. Entsprechend der Haushaltsplanung wird sich dann die Verschuldung im Jahr 2015 um 9,9 Mio. € auf 1.310,2 Mio. € erhöhen.

Die Schulden der städtischen Eigenbetriebe sind in zwei grundlegende Kategorien zu unterteilen:

Bei den Eigenbetrieben Service Öffentlicher Raum (SÖR), NürnbergBad (NüBad) und Frankenstadion (FSN) müssen die Verlustausgleiche und somit auch Teile des Schuldendienstes aus dem Kernhaushalt bedient werden. NürnbergStift (NüSt) wird aufgrund möglicher Kreditaufnahmen für Investitionen in den nächsten Jahren jetzt ebenfalls dieser Kategorie zugeordnet. Aus diesen Gründen sind diese Schulden in der Bewertung gedanklich dem Kernhaushalt zuzuordnen. Anders gestaltet es sich bei der Stadtentwässerung und Umweltanalytik (SUN) und bei der Abfallwirtschaft (ASN): Diese Eigenbetriebe sind externe Kostendecker, die ihre Aufwendungen und ihren Kapitaldienst aus ihren Einnahmen und Gebühren komplett selbst finanzieren müssen.

Bei der Schuldenentwicklung insgesamt ist eine ähnliche Entwicklung wie beim Kernhaushalt festzustellen. Während bei den gebührenfinanzierten Eigenbetrieben

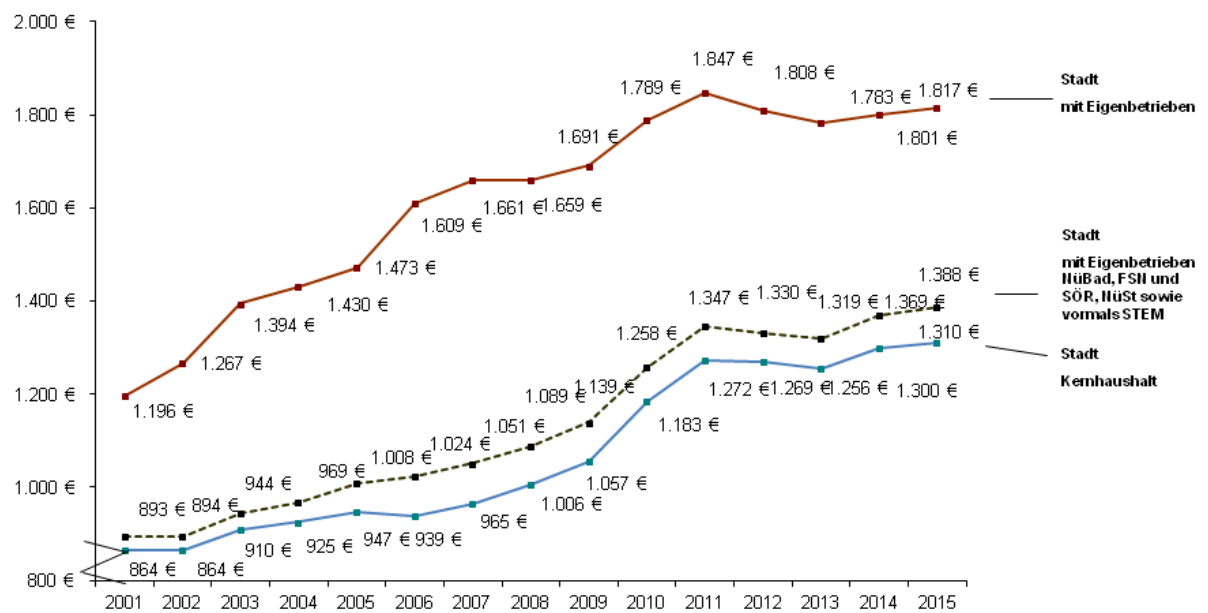
ASN und SUN leicht rückläufige Tendenzen verzeichnet werden können (- 2,8 Mio. €), erhöhen sich bei den steuerfinanzierten Eigenbetrieben NüBad, NüSt und FSN und SÖR die Verschuldungszahlen um 8,8 Mio. €. Bei NüBad schlagen die Investitionen in Langwasser mit einer Nettokreditaufnahme von 5,3 Mio. € zu Buche. SÖR hat bislang keine Verschuldung am Kapitalmarkt, für 2015 sind zum Jahresende 2,0 Mio. € vorgesehen.

Als Fazit für den Haushalt 2015 lässt sich somit ein Anstieg der Planverschuldung im Kernhaushalt und bei den steuerfinanzierten Eigenbetrieben feststellen. Anhand der Zahlen wird deutlich, dass trotz insgesamt guter Konjunkturerwartungen die umfangreiche Investitionstätigkeit ihren Niederschlag in einer Neuverschuldung findet. Vor dem Hintergrund eines Anstiegs der städtischen Mittel der Investitionen von 32,9 Mio. € oder 40,8 % gegenüber 2014 erscheint dies jedoch nachvollziehbar.

Schuldenstand der Stadt Nürnberg

Angaben zum Schuldenstand 2015 der Eigenbetriebe nach deren Angabe (Ansätze in Mio. €) incl. Anleihe und PPP

> Planwerte



**Übersicht über den
voraussichtlichen Stand der Verbindlichkeiten aus Krediten und kreditähnlichen
Rechtsgeschäften¹⁾ sowie Verpflichtungen nach Art. 72 Abs. 2 GO**

Arten der Verbindlichkeiten aus Krediten und kreditähnlichen Rechtsgeschäften	Stand zu Beginn des Vorjahres 2014	Stand zu Beginn des Haushaltsjahres 2015 ¹⁵⁾	mit einer Restlaufzeit der Verbindlichkeiten von			Veränderung im Haushaltsjahr +/-	Stand am Ende des Haushaltsjahres 2015
	TEUR	TEUR	bis zu 1 Jahr	1 bis 5 Jahren	mehr als 5 Jahren	TEUR	TEUR
	1	2	3	4	5	6	7
1. Anleihen²⁾	80.000	80.000	-	-	80.000	0	80.000
2. Verbindlichkeiten aus Investitionskrediten³⁾	1.127.228	1.156.118	-	-	-	14.950	1.171.068
2.1 vom Bund	-	-	-	-	-	-	-
2.2 vom Land	5	5	0,6	2	2	-0,6	4
2.3 von Gemeinden und Gemeindeverbänden	-	-	-	-	-	-	-
2.4 von Zweckverbänden u. dgl.	-	-	-	-	-	-	-
2.5 vom sonstigen öffentlichen Bereich	-	50.000	1.666	6.667	41.667	-1.670	48.330
2.6 von Sondervermögen	-	-	-	-	-	-	-
2.7 von verbundenen Unternehmen	-	-	-	-	-	-	-
2.8 von Beteiligungen	-	-	-	-	-	-	-
2.9 von sonstigen öffentlichen Sonderrechnungen	-	-	-	-	-	-	-
2.10 vom Kreditmarkt ⁴⁾	1.127.223	1.106.113	50.025	211.517	844.571	16.621	1.122.734
Summe Verbindlichkeiten aus Anleihen und Investitionskrediten (1. + 2.)	1.207.229	1.236.118	-	-	-	14.950	1.251.068
3.1 Kreditähnliche Rechtsgeschäfte aus PPP-Projekten	48.926	64.173				-5.014	59.159
Summe Verbindlichkeiten aus Anleihen und Investitionskrediten sowie PPP-Projekten	1.256.154	1.300.291	-	-	-	9.936	1.310.227

Arten der Verbindlichkeiten aus Krediten und kreditähnlichen Rechtsgeschäften	Stand zu Beginn des Vorjahres 2014	Stand zu Beginn des Haushaltsjahres 2015 ¹⁵⁾	mit einer Restlaufzeit der Verbindlichkeiten von			Veränderung im Haushaltsjahr +/-	Stand am Ende des Haushaltsjahres 2014
	TEUR	TEUR	bis zu 1 Jahr	1 bis 5 Jahren	mehr als 5 Jahren	TEUR	TEUR
	1	2	3	4	5	6	7
3.2 Weitere kreditähnliche Rechtsgeschäfte^{5),6)}							
3.21 Hypotheken-, Grund- und Rentenschulden	4.434	3.675				-554	3.121
3.22 Restkaufgelder im Zusammenhang mit Grundstücksgeschäften	-	-				-	-
3.23 Leasinggeschäfte	-	-				-	-
3.24 Leibrentenverträge	823	738				-85	653
3.25 Schuldübernahmen	-	-				-	-
3.26 Verträge über die Durchführung städtebaulicher Maßnahmen	-	-				-	-
3.27 Verpflichtung zur Gewährung von Schuldendiensthilfen an Dritte	-	-				-	-
3.28 Sonstige einer Kreditaufnahme gleichkommende Vorgänge	123	104				-19	85
4. Summe Verbindlichkeiten aus Anleihen und Investitionskrediten, PPP-Projekten und weiterer kreditähnlicher Rechtsgeschäfte	1.261.534	1.304.808	-	-	-	9.278	1.314.086
Nachrichtlich:							
1. Innere Darlehen von rechtlich unselbstständigen Einrichtungen							
2. Schulden der Sondervermögen mit Sonderrechnung⁷⁾	553.929	536.572				8.166	544.738
2.1 aus Krediten ¹⁴⁾	541.834	525.056			525.056	8.745	533.801
2.2 aus kreditähnlichen Rechtsgeschäften	12.095	11.516				-579	10.937

**Übersicht über Verpflichtungen nach Art. 72 Abs. 2 GO,
Art. 66 Abs. 2 LKrO, Art. 64 Abs. 2 BezO –
voraussichtlicher Stand der eventuellen Zahlungsverpflichtungen und Vorbelastungen ohne Bilanzierung
(Eventualverbindlichkeiten)**

Arten der Eventual- verbindlichkeiten ⁸⁾	Stand zu Beginn des Vorjahres 2014	Stand zu Beginn des Haushaltsjahres 2015	Veränderung im Haushaltsjahr +/-	Stand am Ende des Haushaltsjahres 2015
	TEUR	TEUR	TEUR	TEUR
	1	2	3	4
1. Bürgschaften^{9),10)}	114.418	103.318	-11.000	92.318
1.1 an Sondervermögen	-	-	-	-
1.2 an verbundenen Unternehmen	28.408	27.097	-1.300	25.797
1.3 an Beteiligungen	68.650	60.311	-8.300	52.011
1.4 an sonstigen öffentlichen Bereich	1.466	1.295	-200	1.095
1.5 an sonstigen privaten Bereich	15.893	14.615	-1.200	13.415
2. Sonstige kreditähnliche Rechts- geschäfte ohne Bilanzierung¹¹⁾				
2.1 – 2.5 ... wie 1.1 – 1.5	-	-	-	-
3. Weitere Haftungsverhältnisse nach § 75 KommHV-Doppik^{12),13)}				
3.1 – 3.5 ... wie 1.1 – 1.5	-	-	-	-

¹⁾ In der **Verbindlichkeitenübersicht der Haushaltplanung** nach § 1 Abs. 3 Nr. 4 KommHV-Doppik sind auszuweisen:

- in Spalte 1 der Stand der Verbindlichkeiten zum 1. Januar des dem Haushaltsjahr vorhergehenden Jahres (= laufendes Haushaltsjahr);
- in Spalte 2 – nach dem zeitlichem Fortschritt der Haushaltplanung - der voraussichtliche oder tatsächliche Stand der Verbindlichkeiten zum 1. Januar des Haushaltsjahres; dieser sollte mit dem Stand der Verbindlichkeiten zum 31. Dezember des dem Haushaltsjahr vorhergehenden Jahres grundsätzlich übereinstimmen;
- in den Spalten 3 bis 5 der Stand der Verbindlichkeiten zum 1. Januar des Haushaltsjahres, gegliedert nach Restlaufzeiten von bis zu einem Jahr, von einem bis fünf Jahren und von mehr als fünf Jahren;
- in Spalte 6 der Saldo aus den voraussichtlichen Zu- und Abgängen an Verbindlichkeiten während des Haushaltsjahres (z. B. durch Kreditaufnahme und Kredittilgung);
- in Spalte 7 der voraussichtliche Stand der Verbindlichkeiten zum 31. Dezember des Haushaltsjahres (Stand zum 1. Januar zuzüglich der Zugänge und abzüglich der Abgänge während des Haushaltsjahres).

²⁾ Soweit sonstige Verbindlichkeiten aus Wertpapierverschuldung bestehen (z. B. durch die Umwandlung von Krediten entstandene Wertpapiere), sind diese bei Nr. 1 auszuweisen.

³⁾ Endfällige Darlehen sind gesondert zu vermerken.

⁴⁾ KfW-Kredite sowie Kredite von Landesbanken und Sparkassen sind unter Nr. 2.10 auszuweisen diese Einrichtungen als Kreditinstitute und nicht als sonstige öffentliche Sonderrechnungen.

⁵⁾ Unter Nr. 3 sind alle gewissen Verbindlichkeiten aus kreditähnlichen Rechtsgeschäften auszuweisen (vgl. Art 72 Abs. 1 GO); hierzu zählen z.B. Leasing- und Leihrentenverträge, Verlustübernahmen sowie Bürgschaftsverpflichtungen, soweit die Kommune tatsächlich in Anspruch genommen wird. Davon unbeschadet bleibt deren Ausweis als ungewisse Verbindlichkeiten unter den Rückstellungen bzw. – als nur mögliche Zahlungsverpflichtung ohne Bi-

lanzansatz – unter den Haftungsverhältnissen (vgl. § 75 KommHV-Doppik). Die Verbindlichkeiten aus kreditähnlichen Rechtsgeschäften sind in Anlehnung an den Kontenrahmen nach Arten zu untergliedern. Im Übrigen gelten die Grundsätze der IMBek vom 5. Mai 1983 (AllIMBI S. 408).

- ⁶⁾ Unter Nr. 3 sind jeweils die sich aus dem Wirtschaftlichkeitsvergleich (§ 12 KommHV-Doppik) ergebenden Projektkosten anzugeben (vgl. dazu auch IMBek vom 6. Februar 2007 Nr. 6 (AllIMBI S. 187); dabei sind der Gesamtbetrag und der investive Anteil gesondert darzustellen. Dies gilt auch, wenn im Vorjahr bzw. im Haushaltsjahr keine Zahlungen angefallen sind bzw. anfallen. Soweit die Kommune voraussichtlich nicht oder nicht in voller Höhe in Anspruch genommen wird (z. B. aus Geschäftsbesorgungsverträgen), gelten die Grundsätze zur Darstellung von Haftungsverhältnissen (vgl. § 75 KommHV-Doppik). Ergänzend wird auf die im Rahmen des Wirtschaftlichkeitsvergleichs erforderliche Risikoabschätzung verwiesen. Zur Risikoabschätzung vgl. Nr. 6 der IMBek vom 6. Februar 2007 (AllIMBI S. 187); bei ÖPP-Modellen vgl. PPP-Leitfaden Teil 2 S. 9 im Internet unter: http://www.innenministerium.bayern.de/imperia/md/content/stmi/bauen/themen/ppp/leitfaden_teil2.pdf
- ⁷⁾ Schulden der Eigenbetriebe, Pflegeeinrichtungen und Krankenhäuser mit kaufmännischem Rechnungswesen.
- ⁸⁾ Haftungsverhältnisse sind dadurch gekennzeichnet, dass sie eine Eventualverbindlichkeit begründen. Eventualverbindlichkeiten sind Verbindlichkeiten, aus der die Kommune nur unter bestimmten Umständen, mit deren Eintritt sie nicht ernsthaft rechnet, in Anspruch genommen werden kann. Die Vermerkspflicht setzt voraus, dass die Eventualverbindlichkeiten betragsmäßig angegeben werden können. Sind diese quantifizierbar, so sind sie in Höhe der maximalen Inanspruchnahme aus den Haftungsverhältnissen zu vermerken. Die Risikoeinschätzung einer Zahlungsverpflichtung ist gesondert zu erläutern. Die Haftungsverhältnisse sind grundsätzlich nach Empfängerbereichen und Arten zu untergliedern. Weitergehende Erläuterungen können nach den örtlichen Verhältnissen geboten sein. Insbesondere empfiehlt es sich, bestellte Sicherheiten zugunsten der Kommune darzustellen. Im Übrigen gelten die Grundsätze der IMBek vom 5. Mai 1983 (AllIMBI S. 408).
- ⁹⁾ Bürgschaften für Förderungen können zusammengefasst dargestellt werden, die Risikoeinschätzung ist zu erläutern.
- ¹⁰⁾ Haftungsverhältnisse gegenüber Sondervermögen und verbundenen Unternehmen gesondert auszuweisen. Haftungsverhältnisse gegenüber Kommunalunternehmen sind gesondert anzugeben („Davon-Vermerk“ bei verbundenen Unternehmen). Bürgschaften für den sonstigen privaten Bereich werden insbesondere für Vereine, aber auch für Privatpersonen vergeben (z.B. Alternative zu Mietkautionen).
- ¹¹⁾ Unter Nr. 2 sind insbesondere Gewährverträge und Sicherheiten zugunsten Dritter darzustellen.
- ¹²⁾ Unter Nr. 3 sind insbesondere mögliche Verpflichtungen aus der Verlustabdeckung von Sondervermögen, verbundenen Unternehmen (hier Spezialfall Kommunalunternehmen als „Davon-Vermerk“) und Beteiligungen zu dokumentieren, soweit diese nicht in der Bilanz bereits als Rückstellung bzw. Verbindlichkeit auszuweisen sind.
- ¹³⁾ Verpflichtungsermächtigungen sind gesondert im Muster zu § 1 Abs. 3 Nr. 3 KommHV-Doppik (Anlage 8) darzustellen.
- ¹⁴⁾ Anmerkung Stadt Nürnberg: Inklusive eines an SÖR gewährten Trägerdarlehens.
- ¹⁵⁾ voraussichtlicher prognostizierter Stand zum 01.01.2015

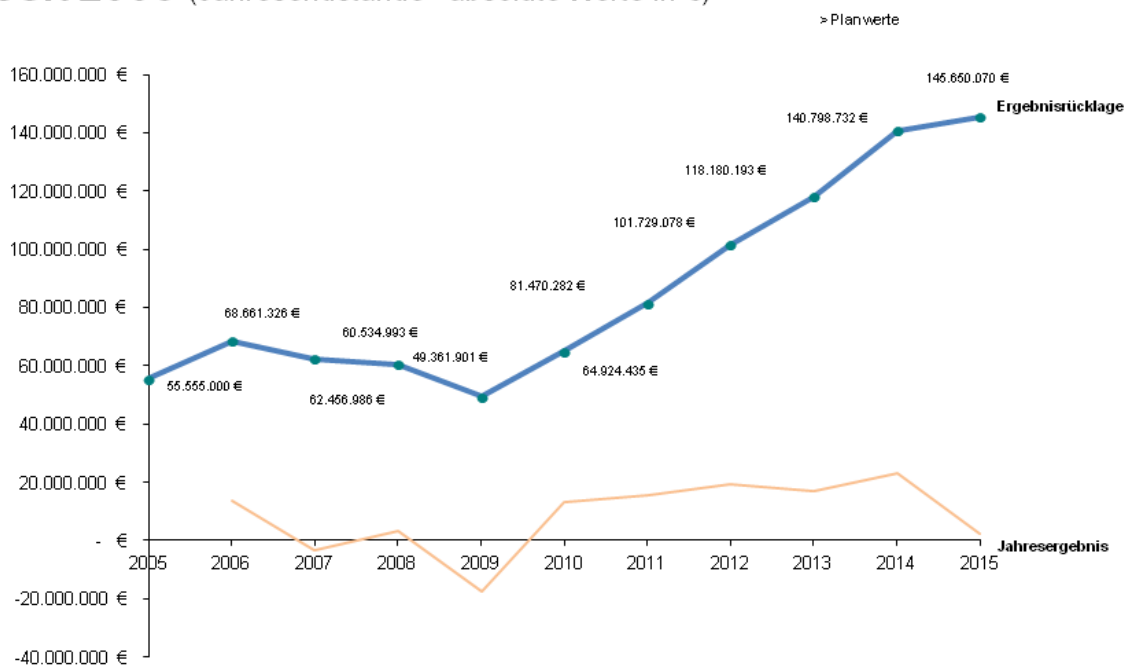
F.4.3 Rücklagen und Rückstellungen

Gemäß § 24 der Kommunalen Haushaltsverordnung Doppik in Bayern (KommHV Doppik) soll der Ergebnishaushalt ausgeglichen sein. Ein etwaiger Jahresfehlbetrag soll durch die Verrechnung mit der Ergebnisrücklage unverzüglich ausgeglichen werden.

Der Ergebnisrücklage kommt daher eine besondere Bedeutung zu, da der Haushalt weiterhin als ausgeglichen gilt, wenn Rücklagen aus den Vorjahren zur Deckung des Defizits herangezogen werden können.

Die Ergebnisrücklage stieg zum 01.01.2014 aufgrund des positiven Jahresergebnis 2013 auf 118,2 Mio. €. Eine Erreichung des Planergebnisses 2014 vorausgesetzt, würde sie zum 01.01.2015 voraussichtlich auf 140,8 Mio. € ansteigen. Dies ist aufgrund der Entwicklung der Steuererträge mit Risiken behaftet. Im Jahr 2015 wird sie sich laut Plan um 4,9 Mio. € auf 145,7 Mio. € erhöhen. Damit würde sich die Krisenresistenz des Nürnberger Haushalts nochmals leicht verbessern. Der Tiefpunkt im Jahr 2009 hatte bei 49,4 Mio. € gelegen.

Entwicklung der Ergebnisrücklagen seit 2005 (Jahresendstände - absolute Werte in €)



Rücklagen- und Rückstellungsübersicht der Haushaltsplanung - voraussichtlicher Stand der Rücklagen und Rückstellungen

Rücklagen	Stand zum 31.12.2013	Stand zum 31.12.2014	Veränderungen im Haushaltsjahr +/-	Stand zum 31.12.2015
	€	€	€	€
1. Basiskapital (Allgemeine Rücklage)	650.490.083	650.490.083	0	650.490.083
2. Ergebnissrücklage	118.180.193	140.798.732	4.851.338	145.650.070
3. Verlustvortrag (bilanzierende Einheiten)	-12.223.074	-11.653.064	-2.344.351	-13.997.414
4. Verlustvortrag	0	0	0	0
Summe aller Rücklagen	756.447.202	779.635.751	2.506.988	782.142.738

Rückstellungen	Stand zum 31.12.2013	Stand zum 31.12.2014 ¹⁾	Veränderungen im Haushaltsjahr +/- ²⁾	Stand zum 31.12.2015
	€	€	€	€
1. Rückstellungen für Pensionen und ähnliche Verpflichtungen	1.358.327.669	1.360.533.610	10.435.003	1.370.968.613
1.1. für Pensionsverpflichtungen	1.150.267.780	1.158.599.029	17.350.833	1.175.949.862
Pensionsrückstellung Anwartschaften aktive Beamte	176.997.770	183.573.924	9.427.653	193.001.577
Pensionsrückstellung Anwartschaften aktive Beamte Lehrkräfte	186.913.556	190.035.548	1.130.396	191.165.944
Rückstellung Anwartschaften städt. Versorgung Arbeitnehmer	2.616.504	2.705.507	-193.686	2.511.821
Rückstellung Versorgungsempfänger Beamte	366.434.669	363.187.169	1.660.670	364.847.839
Rückstellung Erstattungen Beamte BayBeamVG	48.192.641	47.232.641	-1.470.000	45.762.641
Rückstellung Versorgungsempfänger Beamte Lehrkräfte	290.696.967	295.674.567	10.789.000	306.463.567
Rückstellung Versorgungsempfänger ehem. Arbeitnehmer	78.415.673	76.189.673	-3.993.200	72.196.473
1.2. für Verpflichtungen aus Altersteilzeit und ähnliche Maßnahmen, Beihilfen	208.059.889	201.934.581	-6.915.830	195.018.751
Rückstellung für Altersteilzeit Beamte	5.668.005	4.820.522	-1.400.000	3.420.522
Rückstellung für Altersteilzeit Beamte Lehrkräfte	2.307.734	1.304.250	-275.000	1.029.250
Rückstellung für Altersteilzeit Arbeitnehmer	33.771.793	28.615.461	-8.500.000	20.115.461
Rückstellung für Beihilfen Beamte	35.134.376	36.059.540	1.621.918	37.681.458
Rückstellung für Beihilfen Beamte Lehrkräfte	21.867.727	21.807.918	60.858	21.868.776
Rückstellungen Beihilfen Versorgungsempfänger Beamte	72.518.411	71.948.686	432.500	72.381.186
Rückstellungen Beihilfen Versorgungsempfänger Lehrer	33.907.098	34.650.938	1.300.000	35.950.938
Rückstellungen für Beihilfen Arbeitnehmer	93.148	95.794	-7.106	88.688
Rückstellungen für Beihilfen Versorgungsempfänger Arbeitnehmer	2.791.597	2.631.472	-149.000	2.482.472

Rückstellungen (Fortsetzung)	Stand zum 31.12.2013	Stand zum 31.12.2014 ¹⁾	Veränderungen im Haushaltsjahr +/- ²⁾	Stand zum 31.12.2015
	€	€	€	€
2. Rückstellungen für Altlasten	5.367.500	5.367.500	0	5.367.500
3. Rückstellungen für unterlassene Instandhaltung	10.611.189	10.611.189	0	10.611.189
4. Rückstellungen im Rahmen des Finanzausgleichs und von Steuerschuldverhältnissen	6.860.581	353.581 ⁴⁾	0	353.581
5. Rückstellungen für drohende Verpflichtungen aus Bürgschaften, Gewährverträgen und anhängigen Verfahren	718.851	718.851	0	718.851
6. Sonstige Rückstellungen	43.123.134	42.964.304	26.500	42.990.804
Urlaubsrückstellungen	6.420.773	6.420.773	0	6.420.773
Rückstellungen für Verlustausgleiche von verbundenen Unternehmen	28.103.962	28.103.962	0	28.103.962
Rückstellungen für Zweckausrichtungsverpflichtungen	107.902	107.902	0	107.902
Rückstellungen für nicht ausgereichte Leistungsentgelte/-bezüge	166.930	0 ³⁾	0	0
Sonstige Rückstellungen nach § 74 Abs. 1 Satz 2 KommHV-Doppik	8.323.567	8.331.667	26.500 ⁵⁾	8.358.167
Summe aller Rückstellungen	1.425.008.924	1.420.549.035	10.461.503	1.431.010.538

¹⁾ Die Bestände ergeben sich aus der Fortschreibung des Endstands 31.12.2013 mit den Planzahlen des Haushaltsjahres 2014. Sofern der Endbestand 2014 nicht vom Endbestand 2013 abweicht, ist keine ergebniswirksame Veränderung in 2014 eingeplant worden. In der Fortschreibung der Bestände der Pensions- und Beihilfeverpflichtungen wurden auch voraussichtliche Ruhestandsversetzungen (Umschichtung zwischen den Beständen der aktiven Beschäftigten und der Versorgungsempfänger) berücksichtigt.

²⁾ Es handelt sich um die im Haushalt 2015 geplanten, ergebniswirksamen Veränderungen. Zudem sind auch die Verschiebungen bei den Pensions- und Beihilfeverpflichtungen auf Grund der voraussichtlichen Ruhestandsversetzungen im Jahr 2015 enthalten.

³⁾ Die in 2013 nicht ausgeschütteten Leistungsentgelte/-bezüge sind im Folgejahr (2014) an die Beschäftigten auszuschütten.

⁴⁾ Auflösung der Bezirksumlagerückstellung aus 2012 in 2014 (6.507.000 €).

⁵⁾ Ein Teil der Wertpapiere bei nichtrechtsfähigen Stiftungen wurde über dem Nennwert (über pari) gekauft. Die Kapitalrückzahlung erfolgt zum Nennwert. Dem Unterschiedsbetrag bei Endfälligkeit des Wertpapiers wird durch eine jährliche Rückstellungsbildung auf die Laufzeitdauer Rechnung getragen.

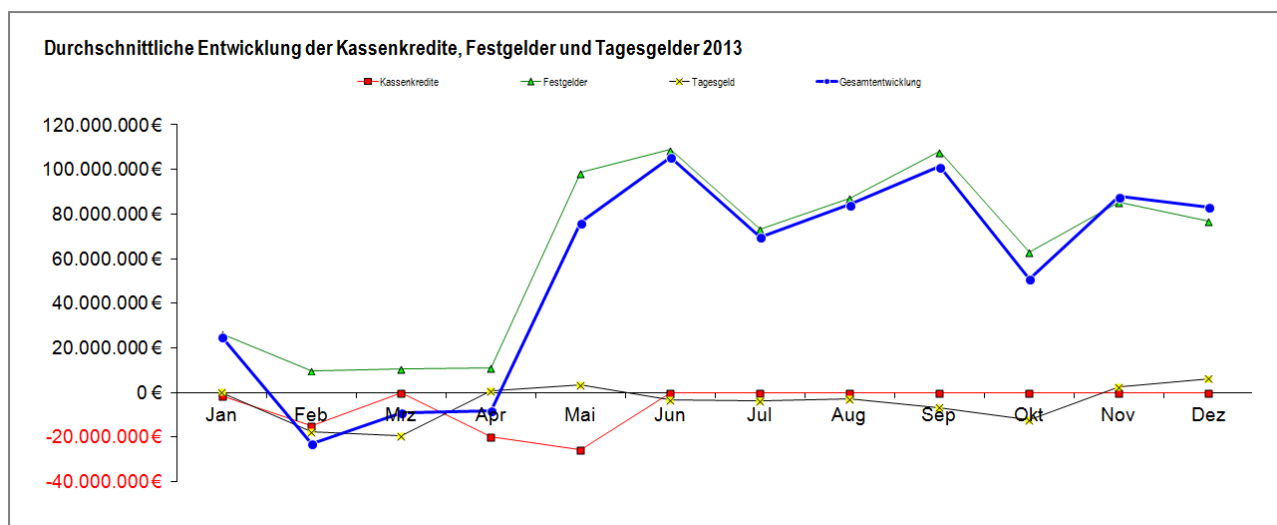
Die Bewirtschaftung der Kassenmittel sowie die Sicherstellung der Liquidität sind Bestandteil der Kassenaufgaben. Im Rahmen der Liquiditätsplanung und Berücksichtigung der aktuellen Finanzsituation kommt hierbei auch die Aufnahme von Kassenkrediten in Betracht. Dabei handelt es sich um kurzfristige Finanzmittel zur Überbrückung von Liquiditätsengpässen. Der in der Haushaltssatzung festgesetzte Höchstbetrag für Kassenkredite liegt seit 2009 unverändert bei 280 Mio. Euro.

Guthaben werden von der Kasse mit unterschiedlichen Laufzeiten entweder als Tagesgelder oder Festgelder zur Erzielung eines rentablen Zinsertrages bei Kreditinstituten angelegt und verwaltet.

Die Zahlungsfähigkeit der Stadt Nürnberg war im Jahr 2013 zu jeder Zeit gewährleistet. Kassenkreditverträge mit Kreditinstituten waren vom 30.01.13 – 17.02.13 mit 25 Mio. € und vom 19.04.13 – 16.05.13 mit 50 Mio. € zur Liquiditätssicherung erforderlich. Die Aufnahme der Kassenkredite sowie die Anlage der Festgelder und Tagesgelder richten sich nach den aktuellen Marktzinsen. Ausgehend von der besonderen Marktsituation waren die Tagesgelder planmäßig auch im Soll. Zur Liquiditätsüberbrückung ist dies möglich und auf Basis der aktuell sehr günstigen EONIA-Tagesgeldverzinsung im Vergleich zu den höheren Zinsen für die Festgelder insgesamt auch wirtschaftlich.

Die unten stehende Grafik zeigt den Verlauf der Kassenkredite, Festgeldanlagen und Tagesgelder bei Kreditinstituten.

Für das Jahr 2014 wird nach der Liquiditätssteuerung und dem bisherigen Verlauf der Ein- und Auszahlungen im Vergleich zum Jahr 2013 mit weiterhin stabilen Bedingungen und einer positiven Liquiditätseinschätzung gerechnet. Die Aufnahme von Kassenkrediten wird den Umfang und die Zeitdauer des Vorjahres voraussichtlich nicht übersteigen. Insgesamt ist hier derart Vorsorge getroffen, dass die Stadt Nürnberg im Rahmen des geplanten Kassenkreditrahmens ihre fälligen Zahlungsverpflichtungen jederzeit erfüllen kann.



F.5 Ertragslage

Einer Analyse der ordentlichen Erträge und Aufwendungen kommt besondere Bedeutung zu, da bei einer Gegenüberstellung beider Zahlen die Leistungsfähigkeit einer Kommune in Bezug auf die Deckungsfähigkeit ihrer Aufwendungen aus den Erträgen beurteilt werden kann. Die Aufwendungen und Erträge sind dabei um die Finanzerträge und -aufwendungen und außerordentlichen Positionen bereinigt.

2015 werden die ordentlichen Erträge um 3,3 % oder 52,7 Mio. € ansteigen. Die ordentlichen Aufwendungen sind mit einer Steigerung von 5,1 % oder 78,9 Mio. € angesetzt.

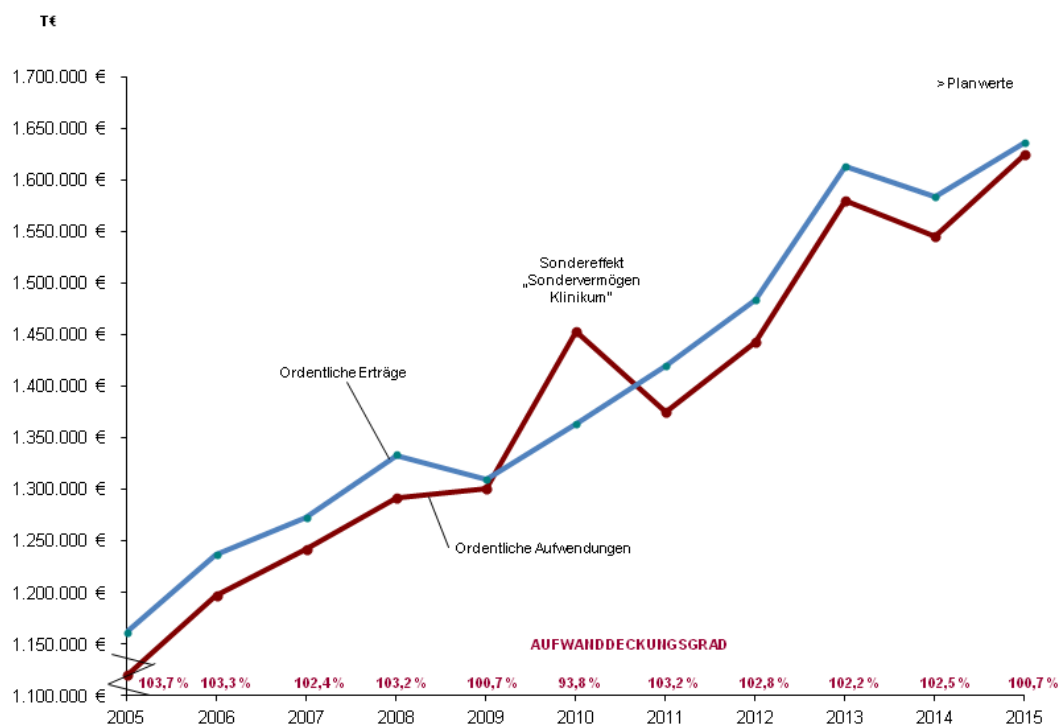
Die Grafik zeigt im Jahr 2010 den Sondereffekt Klinikum. Das Verhältnis zwischen ordentlichen Erträgen und Aufwendungen ergibt dadurch einen rechnerischen Aufwanddeckungsgrad (ordentliche Erträge / ordentliche Aufwendungen) von 93,8 %. Da in dieser Betrachtung jedoch nur die ordentlichen Erträge und Aufwendungen betrachtet werden, bei der Auflösung des Son-

dervermögens jedoch ordentliche und außerordentliche Positionen betroffen waren, ist ein direkter Vergleich mit den Werten der anderen Jahre nicht möglich.

Grundsätzlich erfreulich ist, dass sich der Trend mit ordentlichen Erträgen über den ordentlichen Aufwendungen und einem Aufwanddeckungsgrad jenseits der 100%-Marke auch im Jahr 2015 fortsetzt. Allerdings wird deutlich, dass sich die beiden Kurven in den Planungen des Jahres 2015 wieder deutlich annähern und der Abstand mit 100,7% nur noch knapp über der 100%-Grenze liegt. Ein dauerhafter Wert über 100 % setzt voraus, dass Stadtrat und Verwaltung auch weiterhin Disziplin bei den konsumtiven Ausgaben üben, weil die Differenz insgesamt niedrig ist.

In den folgenden Ausführungen werden zur Beurteilung der Ertragslage die Ertrags- und Aufwandsposten aus dem ordentlichen Ergebnis einer näheren Betrachtung unterzogen.

Ordentliche Erträge und Aufwendungen



F.5.1 Steuererträge

Steuererträge (in T€)	Plan 2015	Plan 2014	Ist 2013
Grundsteuer A	-240	-240	-278
Grundsteuer B	-112.000	-113.500	-111.250
Gewerbesteuer	-414.213	-435.380	-423.807
Gemeindeanteil an der Einkommenssteuer	-255.095	-234.373	-228.114
Gemeindeanteil an der Umsatzsteuer	-52.457	-45.088	-42.346
Härtefallausgleich Gewerbesteuer	-1.180	-2.361	-2.361
Hundesteuer	-1.400	-1.400	-1.549
Zweitwohnungssteuer	-660	-660	-710
Insgesamt	-837.245	-833.002	-810.415

Die Ansätze der Steuererträge basieren im Wesentlichen auf den Ergebnissen der Steuerschätzungen vom November 2014. Ein Risiko bei allen Steuerertragsarten ist und bleibt wie in den Vorjahren die konjunkturelle Entwicklung in der Eurozone und Deutschland, insbesondere angesichts der sich häufenden Indikatoren, die auf eine Konjunkturabschwächung auch in Deutschland hindeuten.

Die Gesamterträge der Steuern steigen gegenüber dem Planansatz 2014 um 0,5 % oder 4,2 Mio. €.

Die Gewerbesteuer mit geplanten 414,2 Mio. € oder einem Anteil von 49,5 % ist in der Bedeutung unter den Steuererträgen für den Stadthaushalt zwar gegenüber den Vorjahren etwas zurückgefallen, bleibt aber mit Abstand die wichtigste Steuerertragsquelle. Der Ansatz für 2015 geht von einem prognostizierten Ergebnis von 2014 aus, der wie üblich entsprechend der letzten Steuerschätzung fortgeschrieben wird. Gegenüber dem Vorjahr mit einem Planwert 435,4 Mio. € ist der Ansatz für 2015 um 21,2 Mio. € reduziert. Er spiegelt damit den aktuell geringeren Verlauf des Gewerbesteuerbetrags für das laufende Jahr 2014 wider, der gemeinsam mit der Steuerschätzung vom November 2014 Basis für den Erwartungswert in 2015 ist.

Dieser Zielwert ist trotz Reduzierung mit besonderen Risiken im Hinblick auf die wirtschaftliche Entwicklung verbunden.

Besonders deutlich in den Planwerten zulegen kann der Anteil an der Einkommenssteuer mit erwarteten 255,1 Mio. €, und einer Steigerung gegenüber dem Vorjahreswert um 20,7 Mio. € oder 8,8% (Basis: prognostizierter Istwert für 2014 und Steigerungsrate der Steuerschätzer vom November von 4,6%). Auch bei der Umsatzsteuer kann mit einem deutlich höheren Betrag von 52,5 Mio. € (+ 7,4 Mio. €) gerechnet werden. Dieser basiert auf der Steuerschätzung (+ 1,8 Mio. €) und der Soforthilfe für Kommunen in Höhe von 1 Mrd. €, die hälftig durch einen höheren Gemeindeanteil an der Umsatzsteuer (+ 5,6 Mio. €) ausgeschüttet wird.

Grund-, Hunde- und Zweitwohnungssteuer bewegen sich weitgehend auf der Höhe der Vorjahresplanwerte.

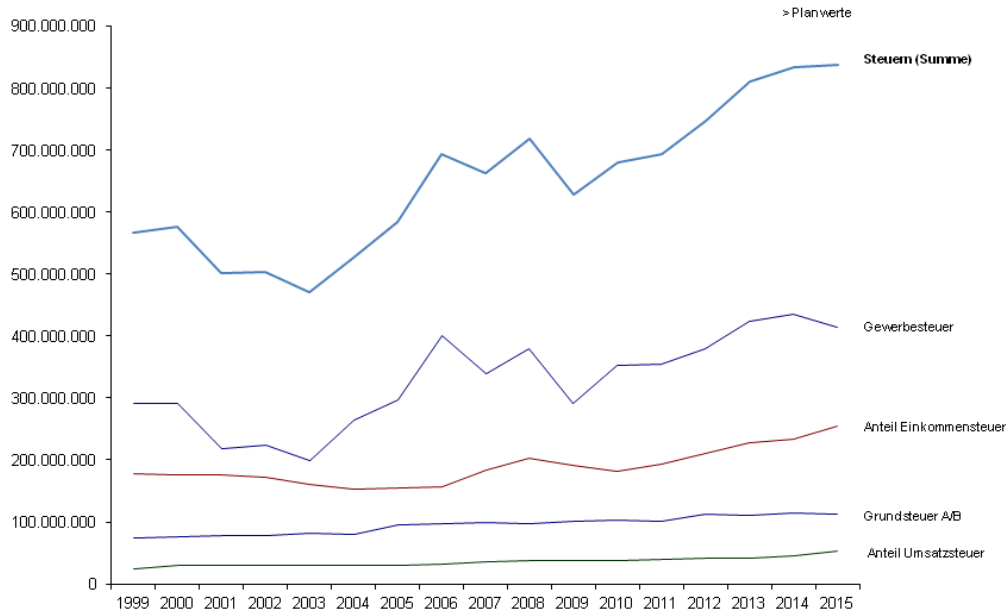
Auf der folgenden Seite finden Sie eine grafische Darstellung der Entwicklung der Steuererträge seit 1999. Die erste Tabelle zeigt die absoluten Werte der einzelnen Steuerarten. Bei einer Indexierung der Werte mit dem Basisjahr 1999 zeigen sich deutliche Unterschiede. Danach sind die Steuern insgesamt um circa 49 % gestiegen, wobei die Gewerbesteuer als wichtigster

Steuerart im Vergleich zur Einkommensteuer in jüngerer Zeit etwas abflacht. Obgleich sie von der absoluten Höhe für Nürnberg eher nachgeordnete Bedeutung hat, ist

die Umsatzsteuer, gemessen am Index, am meisten gestiegen.

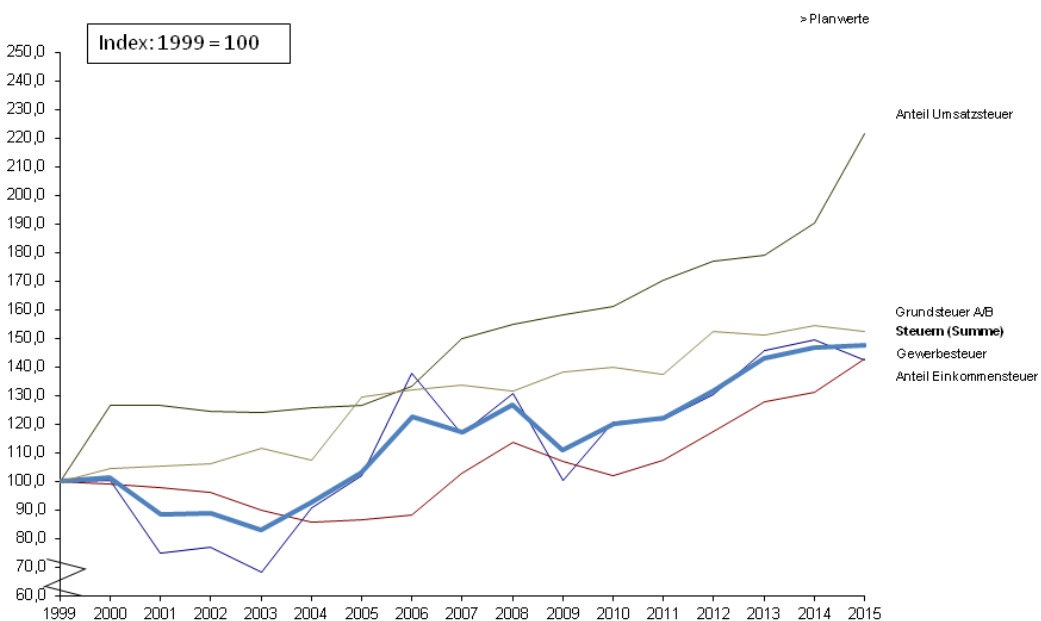
Entwicklung der Steuererträge

Absolute Werte in € seit 1999



Entwicklung der Steuererträge

Indexierte Werte seit 1999



F.5.2 Erträge aus Zuweisungen und Zuschüssen und sonstige Transfererträge

Erträge aus Zuweisungen und Zuschüssen und sonstige Transfererträge (in T€)	Plan 2015	Plan 2014	Ist 2013
Erträge aus Zuweisungen und Zuschüssen	-406.752	-379.965	-412.040
davon:			
Schlüsselzuweisungen vom Land	-180.000	-160.000	-180.641
Zuweisung zum Verwaltungsaufwand	-16.662	-16.537	-17.056
Zuweisungen Land Grunderwerbssteuer	-22.700	-21.000	-22.705
Einkommensteuerersatz (Familienleistungsausgleich)	-19.833	-19.832	-19.538
Zuweisungen vom Land	-21.505	-19.513	-63.660
Zuweisungen vom Land (Belastungsausgleich Hartz IV)	-15.000	-15.000	-12.991
Zuweisungen vom Land (Sozialtransfer)	-47.374	-44.115	0
Zuweisung für Schulbetrieb/Beförderung	-72.156	-71.799	-80.584
Sonstige Zuweisungen, Zuschüsse und Spenden	-11.522	-12.169	-14.865
Sonstige Transfererträge	-4.463	-5.473	-4.742
davon:			
Leistungen von Sozialleistungsträgern außerhalb von Einrichtungen	-1.056	-947	-846
Sonstige Ersatzleistungen außerhalb von Einrichtungen	-320	-385	-253
Kostenbeiträge/Aufwendungsersatz/ Kostenersatz in Einrichtungen	-1.131	-1.891	-1.855
Leistungen von Sozialleistungsträgern in Einrichtungen	-648	-788	-633
Sonstige	-1.308	-1.462	-1.155
insgesamt	-411.215	-385.438	-416.782

Die Erträge aus Zuweisungen und Zuschüssen liegen um 7,1 % über den Vorjahreswerten.

Die Schlüsselzuweisungen bewegen sich mit 180 Mio. € in der Bandbreite der üblichen Schwankungen der letzten Jahre. Für die Höhe wird u.a. relevant sein, ob die Landeshauptstadt München wie 2014 auch in 2015 Schlüsselzuweisungen erhalten wird.

Die übrigen Ansätze bewegen sich im Rahmen der plangemäßen Fortschreibung. Die Zuweisungen vom Land (Sozialtransfer) werden seit 2014 separat ausgewiesen, 2013 waren sie noch unter der allgemeinen Position „Zuweisungen vom Land“ enthalten.

F.5.3 Erträge aus Leistungsentgelten

Erträge aus Leistungsentgelten (in T€)	Plan 2015	Plan 2014	Ist 2013
Öffentlich-rechtliche Leistungsentgelte	-57.659	-58.608	-56.288
davon:			
Verwaltungsgebühren	-17.737	-17.235	-17.324
Gebühren für öffentlich-rechtliche Nutzung	-16.471	-19.344	-17.103
Bestattungsgebühren	-2.886	-2.748	-2.876
Wohn-/Verpflegungsgebühren	-3.879	-3.879	-4.133
Eintrittsgelder	-9.563	-9.713	-8.806
Elternentgelte Ganztagesbetreuung	0	0	-51
Sonstige	-7.123	-5.689	-5.995
Privatrechtliche Leistungsentgelte	-38.474	-38.941	-41.268
davon:			
Erträge aus Verkauf	-3.693	-4.802	-3.673
Miet- und Pachterträge	-16.160	-16.007	-17.112
Erbbauszinsen	-2.677	-2.705	-2.987
Ersatzleistungen	-1.764	-1.637	-2.085
Eintrittsgelder	-1.360	-1.192	-1.626
Teilnehmerbeiträge	-4.891	-4.711	-5.156
Sonstige privatrechtliche Entgelte	-7.929	-7.887	-8.629
insgesamt	-96.133	-97.549	-97.556

Die Leistungsentgelte unterscheidet man in öffentlich-rechtlich und privatrechtlich erhobene Entgelte.

Insgesamt sinken die Leistungsentgelte der Stadt Nürnberg um insgesamt 1,5 %.

Der Rückgang betrifft sowohl die öffentlich-rechtlichen Leistungsentgelte, die um 1,6 % zurückgehen, als auch die privatrechtlichen Entgelte, die um 1,2 % sinken. Hauptgrund für den Rückgang der öffentlich-rechtlichen Leistungsentgelte sind Korrekturen von letztjährigen Planungsunschärfen bei den Einnahmeerwartungen

bezüglich der Elternbeiträge von Vorschulkindern beim Jugendamt und den Gebühren bei der Friedhofsverwaltung.

Bei den privatrechtlichen Leistungsentgelten wurde der Planwert 2015 bei den Erträgen aus dem Verkauf an das Istergebnis des Jahres 2013 angepasst.

F.5.4 Erträge aus Kostenerstattungen und Kostenumlagen

Erträge aus Kostenerstattungen und Kostenumlagen (in T€)	Plan 2015	Plan 2014	Ist 2013
Erstattungen vom Bund	-92.404	-80.942	-71.140
Erstattungen vom Land	-26.079	-15.451	-16.664
Erstattungen von Gemeinden und Gemeindeverbänden	-16.731	-16.457	-17.723
Erstattungen Bezirk (Sozialleistungen)	-15.564	-11.180	-12.366
Erstattungen von Zweckverbänden und kommunalen Sonderrechnungen	-13.671	-13.714	-12.957
Erstattungen von Eigenbetrieb NüSt	-308	-231	-318
Erstattungen vom Eigenbetrieb ASN	-670	-378	-665
Erstattungen vom Klinikum	-7.556	-7.723	-6.875
Erstattungen von Eigenbetrieb SUN	-1.591	-1.527	-1.648
Erstattungen von Eigenbetrieb NüBad	-214	-102	-511
Erstattungen von Eigenbetrieb FSN	-85	-87	-110
Erstattungen von Eigenbetrieb SÖR	-2.290	-1.611	-2.392
Verwaltungskostenerstattungen (VKE) der Eigenbetriebe	-7.753	-7.753	-7.948
Erstattungen privater Unternehmen usw.	-10.094	-9.620	-9.976
Erstattungen vom Staatstheater Nürnberg	-752	-747	-674
insgesamt	-195.762	-167.523	-161.967

Die Erträge aus Kostenerstattungen und Kostenumlagen steigen 2015 um 16,9 %. Dieser Anstieg ist insbesondere auf drei Positionen zurückzuführen:

- Die Erstattungen vom Bund erhöhen sich insgesamt um 11,5 Mio. €. Darin enthalten ist mit 6,9 Mio. € die anteilige Erstattung des Bundes für die Kosten der Unterkunft (KdU) im SGB II. Die Grundsicherung wird in voller Höhe erstattet und ist mit 4,6 Mio. € höher angesetzt.
- Auch die Erstattungen vom Freistaat Bayern steigen um 68,8 %. Dies ist im Wesentlichen auf die erstmalige Planerfassung der Erstattungsleistungen vom Land für Vorschulkinder in Einrichtungen freier Träger i.H.v. 4,6 Mio. € zurückzuführen. Für Leistungen nach dem Asylbewerberleistungsgesetz sind ca. 6,6 Mio. € zusätzlich veranschlagt und werden in voller Höhe vom Freistaat erstattet.
- Die Erstattungen vom Bezirk steigen aufgrund bislang nicht berücksichtigter Fallzahlsteigerungen bei unbegleiteten minderjährigen Flüchtlingen.

F.5.5 Erträge aus der Auflösung Sonderposten, sonstige ordentliche Erträge, Aktivierte Eigenleistungen und Bestandsveränderungen

Erträge aus der Auflösung Sonderposten, sonstige ordentliche Erträge, Aktivierte Eigenleistungen und Bestandsveränderungen (in T€)	Plan 2015	Plan 2014	Ist 2013
Erträge aus Auflösung Sonderposten	-44.834	-44.841	-43.754
Sonstige ordentliche Erträge	-47.222	-47.299	-76.165
davon:			
Ordnungsrechtliche Erträge (Bußgelder)	-120	-139	-107
Verzugs- und Beitreibungsentgelte	-2.026	-2.026	-2.764
Erträge aus der Gewährung von Bürgschaften, Gewährverträge usw.	-511	-511	-410
Erträge aus Ausgleichszahlungen	-1.200	-1.200	-1.206
Konzessionsabgabe	-41.000	-35.500	-39.823
Aktivierte Bauzeitinsen	-768	-282	-825
Neutral. Zahlungen Aufwandsrückstellung	0	-6.507	-15.168
Sonstiges	-1.597	-1.134	-15.862
Aktivierte Eigenleistungen, Honorare	-3.712	-7.168	-6.267
Bestandsveränderungen	0	-580	-373
insgesamt	-95.768	-99.888	-126.559

Die sonstigen ordentlichen Erträge sinken um 4,1 % gegenüber dem Plan 2014.

2015 wird wieder mit einer Bevölkerungszahl von über 500.000 Einwohnern gerechnet, so dass die Konzessionsabgabe wieder das Niveau von 2012 erreichen sollte. Der Rückgang durch den Zensus 2011 wäre damit wieder ausgeglichen.

Der Posten Neutralisation Zahlungen Aufwandsrückstellungen umfasste im Jahr 2014 die Auflösung einer

2012 gebildeten Rückstellung für Bezirksumlagezahlungen. Für 2015 sind keine entsprechenden Rückstellungen vorhanden.

Die Aktivierten Eigenleistungen mussten nach unten korrigiert werden. Die im Rechnungsergebnis 2013 noch enthaltenen internen Honorare werden ab 2015 nur noch per Interner Leistungsverrechnung (K4) verrechnet.

F.5.6 Personal- und Versorgungsaufwendungen

Personal- und Versorgungsaufwendungen (in T€)	Plan 2015	Plan 2014	Ist 2013
insgesamt	541.540	509.392	541.635

Personalaufwendungen (für aktiv tätiges Personal, in T€)	Plan 2015	Plan 2014	Ist 2013
Bezüge und Vergütungen	361.523	345.486	333.491
davon:			
Bezüge Beamte (ohne Lehrkräfte)	81.471	70.951	74.424
Bezüge Beamte-Lehrkräfte	67.639	69.941	66.572
Vergütungen Arbeitnehmer	204.719	191.796	180.823
Sonstige Vergütungen	7.694	12.798	11.672
Beiträge zu Versorgungskassen	14.597	15.282	14.523
Beiträge zur gesetzlichen Sozialversicherung und pauschalierte Lohnsteuer	43.827	39.872	38.086
Beihilfen und Unterstützungsleistungen	9.231	8.426	8.944
Rückstellungen	36.689	37.148	51.971
davon:			
Zuführung/Auflösung Pensionsrückstellung	40.677	38.787	49.383
Zuführung/Auflösung Beihilferückstellung	6.187	5.368	3.470
Sonstige Rückstellungen für Aktive	-10.175	-7.007	-882
insgesamt	465.867	446.214	447.015

Versorgungsaufwendungen (für Versorgungsempfänger, in T€)	Plan 2015	Plan 2014	Ist 2013
Versorgung Beamte (inklusive Lehrkräfte)	77.667	74.873	72.235
Versorgung Arbeitnehmer	10.417	10.354	10.297
Beihilfen für Versorgungsempfänger	12.343	11.893	11.884
Neutralisation Versorgung und Beihilfen	-96.275	-92.950	-90.539
Rückstellungen davon:	71.521	59.008	90.742
Zuführung/Auflösung Pensionsrückstellung	62.381	51.886	75.780
Zuführung/Auflösung Beihilferückstellung	9.140	7.122	14.962
insgesamt	75.673	63.178	94.619

Die Personal- und Versorgungsaufwendungen steigen insgesamt um 32,1 Mio. € oder 6,3 %.

Hinweis:

Große Veränderungen gibt es bei der Zusammenstellung der Personalaufwendungen. Die bisher gebräuchliche Unterscheidung in Aktiv- und Passivpersonalkosten wurde zugunsten der verständlicheren Aufteilung in Personal- (= alle Aufwendungen für aktiv tätiges Personal) und Versorgungsaufwendungen (= alle Aufwendungen für Versorgungsempfänger) aufgegeben und damit gleichzeitig dem gesetzlichen Muster angepasst. In diesem Zuge wurden auch Sachkonten zwischen diesen beiden Kontengruppen sowie auch bei den sonstigen ordentlichen Aufwendungen verschoben. Die

Istwerte aus 2013 sind daher nicht mit den Planwerten aus 2014 und 2015 vergleichbar.

Die Personalaufwendungen (für Aktive) erhöhen sich im Plan um 19,7 Mio. € gegenüber dem Plan 2014 auf 465,9 Mio. €. Mit der Erhöhung werden eine Tarifsteigerung von 2,4 % und eine Besoldungserhöhung von 2 % sowie zu erwartende Stellenschaffungen berücksichtigt.

Die Versorgungsaufwendungen steigen um 19,8 % auf 75,7 Mio. € insbesondere aufgrund des zu erwartenden Anstiegs bei den Pensionsrückstellungen für Versorgungsempfänger. Besoldungserhöhungen wirken sich in diesem Bereich zeitversetzt aus.

F.5.7 Sachaufwendungen und Abschreibungen

Sachaufwendungen und Abschreibungen (in T€)	Plan 2015	Plan 2014	Ist 2013
Sachaufwendungen	217.907	209.287	210.413
davon:			
Verbrauchsmittel/Gebrauchsgegenstände	5.899	5.545	5.427
Strom, Gas, Wasser/Abwasser	21.815	19.045	21.091
Gebäudeunterhalt, -technik	35.299	32.611	28.641
Unterhalt sonstiges Grundvermögen	4.247	4.451	4.297
Gebäudereinigung, Müll, Kanal usw.	26.721	26.226	25.353
Lehrmittel, Schülerbeförderung, Tagespflege	19.035	18.403	15.933
Erstattungen an Dritte	103.599	101.778	95.011
Sonstiges	1.292	1.228	14.660
Abschreibungen	98.602	97.887	94.345
insgesamt	316.509	307.174	304.758

Die Sachaufwendungen steigen um 4,1 % auf 217,9 Mio. €.

Deutlichen Anteil haben daran die Aufwendungen für Strom, Gas und Wasser/Abwasser, die sich um 14,5 % oder 2,8 Mio. € erhöhen. Beim Gebäudeunterhalt steigen die Aufwendungen unter anderem durch die Ausweitung der zu betreuenden Gebäude und Gebäudefläche sowie für die notwendige Beseitigung von Sicherheitsmängeln.

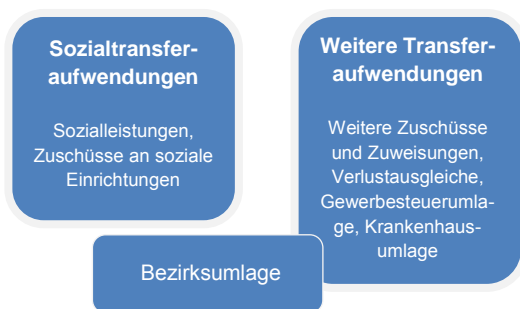
Die Position „Erstattungen an Dritte“ steigt um rund 1,8 Mio. €, insbesondere wegen höherer Erstattungen an die VAG (U-Bahn) und die N-Ergie (Löschwasser).

Die Abschreibungen steigen entsprechend der Fertigstellungen der Investitionsprojekte weiter um 0,7% auf 98,6 Mio. €.

F.5.8 Transferaufwendungen

Transferaufwendungen (in T€)	Plan 2015	Plan 2014	Ist 2013
Transferaufwendungen Sozialbereich (direkt)	420.436	379.999	365.148
davon:			
Zuschüsse an soziale Einrichtungen (gesetzlich/vertraglich - Art. 1/4)	100.718	94.062	80.671
Zuschüsse an soziale Einrichtungen (freiwillig - Art. 5)	17.350	15.762	14.487
Hilfe zum Lebensunterhalt, Grundsicherung im Alter (SGB XII)	59.038	52.558	49.026
Hilfe zur Pflege (SGB XII)	8.510	7.580	6.837
Hilfe zur Gesundheit (SGB XII)	11.580	11.857	11.676
Sonstige Hilfen außerhalb von Einrichtungen	3.277	3.024	2.959
Familien- und Jugendhilfe	82.928	72.412	66.968
Asylbewerberleistung. (HLU und andere Hilfen)	14.773	8.260	8.522
Alg II, vor allem Kosten der Unterkunft (SGB II)	117.161	109.781	119.574
Bildungs- und Teilhabepaket	4.876	4.428	4.203
Sonstiges	225	275	225
Bezirksumlage	151.194	151.962	139.818
Weitere Transferaufwendungen	126.867	127.566	149.439
davon:			
Zuweisungen und Zuschüsse (ohne Verlustausgleiche)	46.677	43.737	43.420
Verlustausgleiche Eigenbetriebe und verbundene Unternehmen	16.251	16.639	20.609
Gewerbesteuerumlage	63.939	67.190	61.975
Zuführungen zu Rückstellungen	0	0	23.435
insgesamt	698.497	659.527	654.405

Die Transferaufwendungen sind zu unterscheiden in Sozialtransferaufwendungen und weitere Transferaufwendungen.



Die Sozialtransferaufwendungen umfassen dabei die klassischen Sozialleistungen, die die Stadt selbst zu tragen hat, wie beispielsweise die Kosten der Unterkunft im SGB II oder die Familien- und Jugendhilfen. Hinzu kommen die Zuschüsse an soziale Einrichtungen, insbesondere an die freien Träger der Kindertagesstätten. Diese Teilmenge der Transferaufwendungen mit einem Volumen von 420,4 Mio. € repräsentiert mehr als ein Viertel der gesamten ordentlichen Aufwendungen. Gedanklich hinzu addieren sollte man an dieser Stelle noch die Bezirksumlage, die aufgrund der Aufgabenschwerpunkte des Bezirks im Wesentlichen ebenfalls aus Sozialausgaben besteht. Zusammen stellen diese Positionen mit insgesamt 571,6 Mio. € mehr als ein Drittel der Gesamtaufwendungen des Nürnberger Stadthaushalts dar.

Die weiteren Transferaufwendungen mit 126,9 Mio. € (ohne Bezirksumlage) oder 7,8 % der ordentlichen Aufwendungen beinhalten sonstige Ausgleichszahlungen. Diese sind zum Beispiel die Gewerbesteuerumlage, Verlustrückstellungen an städtische Töchter und Eigenbetriebe, weitere Zuschüsse aufgrund gesetzlicher und sozialer Verpflichtungen, die allerdings nicht den Sozialbereich betreffen, sowie Zuweisungen an das Land, unter anderem im Rahmen der Krankenhausumlage.

Die Zuschüsse an soziale Einrichtungen (gesetzlich) steigen wie in den Vorjahren stark an, dieses Jahr um 7,1 % auf 100,7 Mio. €. Hintergrund ist hier insbesondere der anhaltende Platzausbau bei Kinderhorten und Kinderkrippen freier Träger.

Die Planansätze im Sozialbereich beruhen auf der Fortschreibung der Ist-Werte 2013, fortgeschrieben mit den aktuellen Prognosezahlen für 2014 und weiter geplant anhand der erwarteten Entwicklung für 2015.

Die Position Hilfe zum Lebensunterhalt und Grundsicherung im Alter und bei Erwerbsminderung (SGB XII) steigt um 6,5 Mio. € oder 12,3 %. Die Fallzahlen bei diesen Leistungen steigen aufgrund der demographischen Entwicklung. Bei der Grundsicherung sind Mehraufwendungen von 9,6 % veranschlagt (6,7 % Fallzahl, 2,9 % Fallkosten). Der Anstieg der Hilfen zum Lebensunterhalt wird im Haushaltplan mit einer Erhöhung um 1,9 Mio. € berücksichtigt.

Die Hilfen zur Pflege erhöhen sich ebenfalls um 12,3 % auf nunmehr 8,5 Mio. €. Aufgrund der demografischen Entwicklung sowie der Zunahme der an Demenz erkrankten Personen, ist weiter mit einem Anstieg der Pflegebedürftigen zu rechnen. Dies spiegelt sich auch in der Kostenentwicklung wider.

Bereits in den vergangenen Jahren zeichnete sich eine kontinuierliche Kosten- und Fallzahlsteigerung in der Familien- und Jugendhilfe ab. Dieser Trend ist auch weiterhin erkennbar. Zur Vermeidung von weiteren Fallsteigerungen werden bereits seit den vergangenen Jahren von der J-internen Steuerungsgruppe verbindliche Standards zur Steuerung der Hilfen zu Erziehung regelmäßig fortgeschrieben (Fallrevision, erweitertes Fallcontrolling etc.). Unabhängig davon sind die allgemeinen Kostensteigerungen (Tarifsteigerungen, Energiekosten, Lebenshaltungskosten) eingeschränkt steuerbar.

Die Aufwendungen für die Förderung von Kindern in Tageseinrichtungen, die Mittagsbetreuung sowie Tagespflege werden auch in 2015 weiter ansteigen. Grund hierfür ist unter anderem der Rechtsanspruch auf Betreuung in einer Kindertagesstätte oder Tagespflege ab dem 1. Lebensjahr. Auch der intensive Ausbau der Hortplätze führt zu einem entsprechenden Anstieg im Bereich der Transferleistungen (3,5 Mio. €; + 0,6 Mio. €). Gleiches gilt für die Fallzahlen bei der Mittagsbetreuung, welche unter anderem als Alternativangebot zum Hort fungiert. Die hierdurch anfallenden Betreuungsbeiträge sind zudem der allgemeinen Preisteigerung anzupassen (Kostensteigerung von ca. 6 %).

Des Weiteren führt die Fallzahlsteigerung bei den unbegleiteten minderjährigen Flüchtlingen zu bislang nicht berücksichtigten Änderungen sowohl bei den Aufwendungen als auch Erträgen. Derzeit wird mit einer Kostenerstattung des überörtlichen Trägers beziehungsweise des Freistaates Bayern im Umfang von 70 % gerechnet. Bei den Asylbewerberleistungen sind

gegenüber dem Vorjahresplan 78,9 % mehr Mittel eingeplant. Der Planung liegt die Annahme von 3.000 Leistungsberechtigten zum Jahresende 2015 zugrunde. Die erbrachten Leistungen werden jedoch in voller Höhe vom Land erstattet.

Die Kosten der Unterkunft und Heizung beim Arbeitslosengeld II erreichen mit dem Planwert von 117,2 Mio. € in 2015 damit annähernd den Istwert des Jahres 2013.

Die Bezirksumlage wurde aufgrund der unterdurchschnittlichen Umlagekraft Nürnbergs im Jahr 2013 für 2015 mit 151,2 Mio. € fast unverändert gegenüber dem Vorjahr belassen (-0,5 %).

Die Zuweisungen und Zuschüsse beinhalten weitere Zuschüsse, die aus gesetzlichen oder rechtlichen Verpflichtungen entstehen, beispielsweise an das Germanische Nationalmuseum oder die Nürnberger Symphoniker. Ferner ist mit 10,7 Mio. € die Krankenhausumlage enthalten.

Für Verlustausgleiche an die Eigenbetriebe NüBad, FSN, SUN (Anteil Umweltanalytik: 1,8 Mio. €) sowie an die Städtischen Werke Nürnberg, die noris inklusion gGmbH und den Flughafen Nürnberg (Konsortialvertrag: 3,75 Mio. €) wurden insgesamt 16,3 Mio. € eingeplant 388 T€ weniger als im Vorjahr.

F.5.9 Sonstige ordentliche Aufwendungen

Sonstige ordentliche Aufwendungen (in T€)	Plan 2015	Plan 2014	Ist 2013
Sonstiger Personal- und Dienstaufwand	3.731	4.525	3.693
Entschädigung für Mitglieder des Stadtrats	2.010	2.010	1.869
Betriebsmittel (konsumtive MIP-Maßnahme)	5.748	4.560	3.096
Miet- und Pacht aufwand Immobilien, Erbbauzins	11.823	12.113	11.377
Mieten/ Pachten/Leasing bewegliche Sachen	3.145	2.924	2.372
Mietaufwand für Heime und Pensionen	1.300	1.300	1.266
Kosten für Sachverständige und Gutachten	3.064	3.024	3.170
Nutzungsentgelte/Pflege Software/Lizenzen	4.225	3.581	3.167
Vergütungen für Leistungen Dritter	8.318	6.904	7.195
Versicherungsbeiträge (inklusive KUV)	5.844	5.777	5.538
Aufwendungen aus Ausgleichszahlungen	1.220	4.560	151
Sonstige	17.398	18.073	35.547
insgesamt	67.826	69.351	78.441

Die sonstigen ordentlichen Aufwendungen sinken gegenüber dem Ansatz 2014 um 2,2 %.

Der sonstige Personal- und Dienstaufwand konnte aufgrund wegfallender Kosten für Wahlhelfer reduziert werden.

Bei OrgA werden 2015 höhere Aufwendungen für Nutzungsentgelte und Wartungsverträge für Software prognostiziert. Bei den Vergütungen für Leistungen Dritter wurden zum einen Aufwendungen für die E-Partizipation aus dem MIP umgeschichtet, außerdem fallen höhere Aufwendungen für DE-Mail beim E-Governmentbüro und für den Personenschiffahrtshafen an.

Unter dem Posten „Sonstige“ sind insbesondere Einzelwertberichtigungen von Forderungen aufgrund Insolvenz und Alter der Forderung enthalten, die 2013 mit 10,9 Mio. € verglichen mit 2,0 Mio. € im Vorjahr besonders hoch ausfielen. Des Weiteren finden sich unter dieser Position die Zuführungen zu sonstigen Rückstellungen. 2013 waren hier 2,5 Mio. € für überlaufende Zeitguthaben städtischer Mitarbeiter sowie 2,6 Mio. € für eine Rückforderung aus der Revision des Bildungs- und Teilhabepakets einzustellen. Aufwendungen für den Geschäftsbetrieb städtischer Dienststellen wie Porto und Drucksachen sind ebenfalls unter dieser Position enthalten.

F.5.10 Finanzergebnis (Finanzerträge und Zinsaufwendungen)

Finanzergebnis (in T€)	Plan 2015	Plan 2014	Ist 2013
Finanzerträge	-30.820	-28.556	-31.740
davon:			
Zinserträge	-2.387	-3.046	-2.639
Erträge Gewinnanteile aus Beteiligungen	-6.933	-7.011	-7.501
Verzinsung Gewerbe-/Umsatzsteuer § 233a AO	-21.000	-18.000	-21.305
Stundungszinsen/andere Finanzerträge	-500	-500	-294
Zinsen und ähnliche Aufwendungen	40.274	45.754	45.212
davon:			
Zinsaufwendungen für Investitionskredite	36.646	38.625	41.594
Erstattungszinsen (Gewerbsteuer)	3.500	7.000	3.499
Sonstige Zinsaufwendungen	128	129	119
insgesamt	9.454	17.198	13.472

Das Finanzergebnis fällt mit insgesamt 9,5 Mio. € im Plan 2015 um 45,0 % besser aus als im Vorjahresplan. Im Vorjahresplan übertreffen die Zinsaufwendungen die Zinserträge um 17,2 Mio. €.

Ein wesentlicher Grund für das bessere Ergebnis ist die erhöhte Planung aus der Verzinsung der Gewerbesteuer, die aufgrund der zu erwartenden Differenz zwischen Gewerbesteuervorauszahlungen und -festsetzungen um 3 Mio. € höher als im Vorjahr angesetzt werden konnte und an das Istergebnis 2013 angepasst wurde. Auch die zu zahlenden Erstattungszinsen bei der Gewerbesteuer konnten entsprechend dem Ist nach unten korrigiert werden.

Auf der anderen Seite können die Zinsaufwendungen bei Kreditinstituten mit 36,6 Mio. € beziehungsweise um 5,1 % niedriger angesetzt werden als im Vorjahr. Das anhaltend niedrige Zinsniveau ermöglicht einmal mehr diese Anpassung.

Die Entwicklung der Zinsaufwendungen seit ihrem Höhepunkt im Jahr 2005 mit 63,3 Mio. € (bezogen auf die doppelischen Haushaltszahlen seit 2005) zeigt eine deutliche Entlastung. Da Umschuldungen oder Neuauf-

nahmen auf Basis des aktuell niedrigen Zinsniveaus erfolgen, ist das Risiko steigender Zinsaufwendungen aufgrund eigener Berechnungen (siehe Schuldenbericht 2013) durchaus beherrschbar. Diese Annahme wird auch durch die Erwartung eines zumindest mittelfristig anhaltend niedrigen Zinsniveaus gestützt.

F.6 Beurteilung der dauernden Leistungsfähigkeit

Übersicht zur Beurteilung der dauernden Leistungsfähigkeit (§ 1 Abs. 2 Nr. 4 KommHV-Doppik)						
Bezeichnung	Vorvorjahr	Vorjahr	HH-Plan	HH-Plan +1	HH-Plan +2	HH-Plan +3
	2013 (Ist) EUR	2014 (Plan) EUR	2015 (Plan) EUR	2016 (Plan) EUR	2017 (Plan) EUR	2018 (Plan) EUR
	1	2	3	4	5	6
1. Saldo aus lfd. Verwaltungstätigkeit abzüglich	-84.397.029	-57.000.190	-53.914.455	-70.462.250	-73.489.032	-117.394.845
1.1 Einzahlungen aus lfd. Verwaltungstätigkeit mit Zweckbindung für bestimmte Auszahlungen (-)	-801.488	-804.400	-740.200	-500.682	-512.772	-524.854
1.2 Ordentliche Tilgungen von Krediten (-) zuzüglich	75.555.511	61.401.200	60.050.000	62.788.225	65.825.900	68.579.889
1.3 Rückflüsse von Ausleihungen (+)	-2.745.975	-2.973.800	-2.750.655	-2.718.950	-2.664.855	-2.614.930
1.4 Investitionspauschalen nach Art. 12 FAG (+)	-5.947.932	-4.200.000	-6.200.000	-6.200.000	-6.200.000	-6.200.000
2. Bereinigtes Zahlungsergebnis	-16.733.938	-1.968.390	-2.074.910	-16.092.293	-16.015.215	-57.105.032
Nachrichtliche Angaben zum Finanzhaushalt						
3. Auszahlungen für den Erwerb von beweglichem Sachvermögen	11.097.671	10.977.900	8.176.635	9.572.000	6.832.000	7.512.000
4. Auszahlungen für Baumaßnahmen an Straßen	8.210.743	21.710.000	44.687.000	41.229.000	59.341.000	57.290.000
5. Einzahlungen aus Zuwendungen, Beiträgen u. ähnlichen Entgelten für Baumaßnahmen an Straßen	-3.282.059	-15.759.000	-24.561.000	-32.550.000	-48.392.000	-46.920.000
6. Außerordentliche Tilgung von Krediten	26.250.000	7.700.000				
7. Tilgung zur Umschuldung	70.029.684	46.706.000	132.435.951	0	0	0
8. Einzahlungen aus der Veräußerung von Sachvermögen	-7.411.494	-7.000.000	-7.000.000	-5.000.000	-6.577.000	-5.000.000
9. Einzahlungen aus der Veräußerung von Finanzanlagen	-1.692.900	-1.428.200	-857.000	0	0	0
10. Einzahlungen aus der Verminderung von Liquiditätsreserven	0	0	0			
11. Auszahlungen für Renten (Leibrenten) für die Abtretung von Grundstücken	129.582	250.200	250.500	256.762	263.181	269.601
12. Leasingraten (soweit vermögenswirksam)	0	0	0	0	0	0
13. Auszahlungen für ÖPP-Modelle und Ähnliches (soweit vermögenswirksam)	4.519.524	4.566.000	5.014.000	3.031.000	5.223.000	9.186.000
Bezeichnung	Vorvorjahr	Vorjahr	HH-Plan	HH-Plan +1	HH-Plan +2	HH-Plan +3
	2013 (Ist) EUR	2014 (Plan) EUR	2015 (Plan) EUR	2016 (Plan) EUR	2017 (Plan) EUR	2018 (Plan) EUR
	1	2	3	4	5	6
Nachrichtliche Angaben zum Ergebnishaushalt						
14. Planmäßige Abschreibungen abzüglich	94.345.133	97.887.381	98.602.468	101.988.461	105.264.627	108.185.943
14.1 Erträge aus der Auflösung von Sonderposten aus Zuwendungen (-)	-35.835.559	-35.820.454	-35.814.112	-37.147.117	-38.432.417	-39.580.455
14.2 Erträge aus der Auflösung von Sonderposten aus Beiträgen und ähnlichen Entgelten (-)	-7.378.281	-7.742.956	-7.742.956	-8.029.446	-8.310.476	-8.559.389
15. Nettoabschreibungen	51.131.293	54.323.970	55.045.400	56.811.898	58.521.734	60.046.098
16. Zuführungen zu Rückstellungen für Pensionen und ähnliche Verpflichtungen zuzüglich	151.691.542	105.024.372	118.634.503			
16.1 Zuführungen zu Umweltrückstellungen (+)	230.886	0	0			
16.2 Zuführungen zu sonstigen Rückstellungen (+) abzüglich	40.095.545	0	0			
16.3 Erträge aus der Auflösung von Rückstellungen (-)	-17.846.168	-1.000.000	-1.500.000			
17. Nettozuführung zu Rückstellungen	174.171.805	104.024.372	117.134.503			
18. Erträge aus der Auflösung von Sonderposten für den Gebührenaussgleich	0	0	0	0	0	0
19. Buchgewinne bei Veräußerung-/Abgang ordentlich	-5.195.772	0	0			
20. Buchverluste bei Veräußerung-/Abgang ordentlich	1.170.062	66.500	29.400			
21. Außerordentliche Erträge	-2.060.551	-2.450.975	-236.406			
22. Außerordentliche Aufwendungen	5.642.677	19.306	26.306			

Bezeichnung	Vorvorjahr	Vorjahr	HH-Plan	HH-Plan +1	HH-Plan +2	HH-Plan +3
	2013	2014	2015	2016	2017	2018
	(Ist) EUR	(Plan) EUR	(Plan) EUR	(Plan) EUR	(Plan) EUR	(Plan) EUR
Nachrichtliche Angaben zum Haushaltsausgleich						
23. Ergebnisbezogener Haushaltsausgleich	-16.985.987	-23.188.549	-2.506.988	-11.132.367	-3.679.849	-43.009.846
24. Allgemeine Rücklage (Nettoposition)	-650.490.083	-650.490.083	-650.490.083	-650.490.083	-650.490.083	-650.490.083
25. Ergebnisrücklage	-118.180.193	-140.798.732	-145.650.070	-156.782.437	-160.462.286	-203.472.133
26. Ergebnisvortrag	12.233.074	11.653.064	13.997.414			
27. nicht aufzulösende Sonderposten *)	-794.078.862	-750.515.451	-706.958.382	-661.781.819	-615.038.926	-566.899.082
28. aufzulösende Sonderposten *)						
29. Liquiditätsreserve	115.582.307					
davon Wertpapiere des Umlaufvermögens	20.000.001					
davon Geldanlagen	72.031.109					
Hinsichtlich weiterer Vorbelastungen (Verpflichtungsermächtigungen, Rückstellungen, Verbindlichkeiten) wird auf die Anlagen des Haushaltsplans nach § 1 Abs. 3 Nrn. 3 und 4 KommHV-Doppik verwiesen.						

Hinweis: Es wurde die Vorzeichenlogik aus SAP verwendet.

Die folgende Analyse zeigt die unterschiedlichen Planansätze für das Jahr 2015. Gegenübergestellt werden hierbei die aktuellen Planungen und die Planwerte des Mittelfristigen Finanzhaushaltes aus den Haushaltsberatungen vom November 2013 im Rahmen der Haushaltsplanaufstellung für das Jahr 2014.

Der Vergleich zeigt eine erstaunlich hohe Kongruenz der Pläne bei den laufenden Einzahlungen (Abweichung gerundet: 0,0%). Bei den Steuern beträgt die negative Abweichung 2,7 %. Die Auszahlungen differieren etwas deutlicher um 3,2 %.

Die Tabelle zeigt aufgrund planungsbedingter Verläufe einzelner Bauprojekte einen Rückgang im Bereich der Investitionstätigkeit in 2015. Gegenüber dem früheren Plan sind hier im Saldo 22,7 % weniger städtische Mittel veranschlagt. Über den gesamten Finanzplanungszeitraum 2015 bis 2018 steigt das Investitionsvolumen gleichwohl gegenüber dem MIP 2014-2017 nochmals an.

Aufgrund des deutlichen Anstiegs der Personal- und Transferauszahlungen bei nahezu stabilen Einzahlungen verschlechtert sich der Saldo aus der Verwaltungstätigkeit deutlich von 103,4 Mio. € auf 53,9 Mio. €. Dies ist die wesentliche Ursache für den Umstand, dass eine weitere Nettotilgung von Verbindlichkeiten in der Planung 2015 nicht möglich ist.

Im Gegensatz zur im Vorjahr geplanten Kredittilgung von 1,3 Mio. € wird bei der aktuellen Planung von einer leichten Nettoneuverschuldung von 9,9 Mio. € ausgegangen.

Abweichungen Haushaltsplan vom Finanzplan des Vorjahres (in €)	Plan 2015	Plan 2015 im Finanzplan 2014	Abweichung
1 Steuern und ähnliche Abgaben	-837.244.774	-860.510.850	-2,7%
2 + Zuwendungen und allgemeine Umlagen	-406.640.744	-406.003.849	0,2%
3 + Sonstige Transfereinzahlungen	-4.420.600	-5.610.318	-21,2%
4 + Öffentlich-rechtliche Leistungsentgelte	-57.639.427	-60.052.615	-4,0%
5 + Privatrechtliche Leistungsentgelte	-38.087.310	-39.517.489	-3,6%
6 + Kostenerstattungen und Kostenumlagen	-195.849.127	-171.910.519	13,9%
7 + Sonstige Einzahlungen aus laufender Verwaltungstätigkeit	-74.000.655	-69.926.610	5,8%
8 + Zinsen und sonstige Finanzeinzahlungen	-2.387.326	-3.122.011	-23,5%
S1 = Einzahlungen aus laufender Verwaltungstätigkeit (= Zeilen 1 bis 8)	-1.616.311.963	-1.616.654.261	0,0%
9 - Personalauszahlungen	437.969.619	424.433.829	3,2%
10 - Versorgungsauszahlungen	100.415.500	99.537.649	0,9%
11 - Auszahlungen für Sach- und Dienstleistungen	224.464.247	217.723.190	3,1%
12 - Transferauszahlungen	703.101.110	673.098.779	4,5%
13 - Sonstige Auszahlungen aus laufender Verwaltungstätigkeit	56.172.836	55.440.404	1,3%
14 - Zinsen und sonstige Finanzauszahlungen	40.274.196	43.007.077	-6,4%
S2 = Auszahlungen aus laufender Verwaltungstätigkeit (= Zeilen 9 bis 14)	1.562.397.507	1.513.240.928	3,2%
S3 = Saldo aus laufender Verwaltungstätigkeit (= Saldo S1 und S2)	-53.914.455	-103.413.333	-47,9%
15 + Einzahlungen aus Investitionszuwendungen	-67.920.000	-75.904.000	-10,5%
16 + Einzahlungen aus Beiträgen u.ä. Entgelten	-4.451.545	-3.622.545	22,9%
17 + Einzahlungen aus Veräußerung von Sachvermögen	-7.000.000	-7.000.000	0,0%
18 + Einzahlungen aus Veräußerung von Finanzvermögen	-857.000		
19 + Einzahlungen für sonstige Investitionstätigkeit	-2.750.655	-2.772.205	-0,8%
S4 = Einzahlungen aus Investitionstätigkeit (=Zeilen 15 bis 19)	-82.979.200	-89.298.750	-7,1%
20 - Auszahlungen für den Erwerb von Grundstücken	6.747.000	6.487.000	4,0%
21 - Auszahlungen für Baumaßnahmen	128.526.000	166.370.150	-22,7%
22 - Auszahlungen für Erwerb bewegl. Sachvermögen	10.043.000	10.882.000	-7,7%
23 - Auszahlungen für Erwerb von Finanzvermögen	4.566.200	3.500.000	30,5%
24 - Auszahl. für Investitionsförderungsmaßnahmen	36.921.000	24.547.000	50,4%
25 - Auszahlungen für sonstige Investitionstätigkeit	800.000	800.000	0,0%
S5 = Auszahlungen aus Investitionstätigkeit (=Zeilen 20 bis 25)	187.603.200	212.586.150	-11,8%
S6 = Saldo aus Investitionstätigkeit (= Saldo S4, S5)	104.624.000	123.287.400	-15,1%
S7 = Finanzierungsmittelüberschuss/-fehlbetrag (=Saldo S3 und S6)	50.709.545	19.874.067	155,2%
26a + Einzahlungen aus der Aufnahme von Krediten	-75.000.000	-60.000.000	25,0%
26b + Einzahlung aus den der Kreditaufnahme wirtschaftlich vergleichbaren Vorgängen	0	0	0 %
S8 = Einzahlungen aus Finanzierungstätigkeit (=Zeilen 26a und 26b)	-75.000.000	-60.000.000	25,0%
27a - Auszahlungen für die Tilgung von Krediten	60.050.000	57.050.600	5,3%
27b - Auszahlungen Tilgung kreditähnlicher Rechtsge.	5.014.000	4.224.000	18,7%
S9 = Auszahlungen aus Finanzierungstätigkeit (=Zeilen 27a und 27b)	65.064.000	61.274.600	6,2%
S10 = Saldo aus Finanzierungstätigkeit (= Saldo S8, S9)	-9.936.000	1.274.600	

F.8 Kurzzusammenfassung der wirtschaftlichen Lage ausgewählter Beteiligungen

Die Stadt Nürnberg erfüllt ihre vielfältigen Aufgaben für die Bürgerinnen und Bürger der Stadt nicht nur durch ihre klassischen Dienststellen der Stadtverwaltung. Einen nicht unerheblichen Teil der Aufgaben hat die Stadt Nürnberg auf Unternehmen übertragen, an denen sie unmittelbar oder mittelbar beteiligt ist.

Die wirtschaftliche Situation der ausgewählten Beteiligungen hat sich im Geschäftsjahr 2013 überwiegend positiv entwickelt. Die *Nürnberg Messe GmbH* konnte den Umsatz im Vergleich zum Vorjahr um 11 % steigern. Das *Klinikum Nürnberg* schließt mit einem Jahresüberschuss von rund 0,8 Mio. € (Vorjahr: Jahresfehlbetrag von ca. 4,7 Mio. €) ab. Die Bilanzsumme der *WBG Nürnberg Gruppe* hat sich weiter erhöht. Das Eigenkapital ist ebenfalls gestiegen und hat damit den Wert des Unternehmens gesteigert. Die *Noris Arbeit gGmbH* ist nach einem umfangreichen Restrukturierungsprozess auf dem Weg zur wirtschaftlichen Gesundung, mit dem Ergebnis, dass die Stadt Nürnberg ab 2014 keinen Verlustausgleich zahlen muss. Nachdem bei der *noris inklusion gGmbH* die Entgeltsituation für angebotene Leistungen sich weiter verbessert hatte, konnte der Verlust im Jahresergebnis entscheidend gesenkt werden. Das Jahresergebnis der *Flughafen Nürnberg GmbH* hat sich im Vorjahresvergleich verschlechtert. Aufgrund des schwierigen Marktumfeldes wurden jedoch verschiedene Maßnahmen ergriffen, um die wirtschaftliche Entwicklung des Flughafens in eine positive Richtung zu bringen. Das Jahresergebnis 2013 der *Städtische Werke Nürnberg GmbH* mit einem Fehlbetrag von 5,1 Mio. € ist geprägt von den Ergebnisabführungen der N-ERGIE und der VAG. Aufgrund des schwierigen Marktumfeldes ist aber ein gutes Jahresergebnis erreicht worden. Aus Konzernholding-Sicht ist insgesamt bei den Beteiligungen in 2013 eine positive Entwicklung zu konstatieren. Diese Entwicklung hat auch einen unmittelbaren positiven Einfluss auf das Konzernergebnis und auf den städtischen Kernhaushalt.



Städtische Werke Nürnberg GmbH

Die StWN GmbH schließt das Geschäftsjahr 2013 mit einem Jahresfehlbetrag von 5,1 Mio. € ab. Damit hat sich das Jahresergebnis im Vergleich zu 2012 (Jahresfehlbetrag i.H.v. 15,5 Mio. €) um 10,4 Mio. € verbessert. Gegenüber dem Wirtschaftsplan liegt das Jahresergebnis um 9,76 Mio. € besser als prognostiziert. Ursächlich hierfür sind vor allem Veränderungen in der Ergebnisabführung der N-ERGIE und der VAG.

Gegenüber dem Vorjahr erhöhte sich die Ergebnisabführung des N-ERGIE AG Teilkonzerns an die StWN GmbH deutlich auf 63,6 Mio. € (Vorjahr 54,4 Mio. €), gleichzeitig stieg der Zuschussbedarf der VAG nur leicht von 65,8 Mio. € in 2012 auf 66,8 Mio. € in 2013.

Die Eigenkapitalquote auf Ebene der StWN GmbH ist im Vergleich zum Vorjahr um 1,8 % auf 59,3 % gestiegen. Dies ist in erster Linie auf den Verlustausgleich seitens der Stadt Nürnberg i.H.v. 11 Mio. € für 2012 zurückzuführen.

Für den Haushalt 2015 ist im Ergebnishaushalt ein Verlustausgleich durch die Stadt Nürnberg in Höhe von 2,5 Mio. € eingeplant. Dies trägt der Erwartung einer mittelfristigen Stabilisierung des Jahresergebnisses der StWN GmbH Rechnung und verdeutlicht gleichzeitig, dass die Stadt bereit ist, im Rahmen ihrer finanziellen Möglichkeiten, die StWN GmbH bilanziell und liquiditätsmäßig auf Stabilitätskurs zu halten.

Selbstverständlich war auch in 2013 die Energiewende für die N-ERGIE AG ein dominierendes Thema. Seit

2011 wurde der Ausbau der Energieerzeugung aus regenerativen Quellen bei der N-ERGIE AG vorangetrieben und auch in 2013 fortgesetzt. Über die 100%ige Tochter N-ERGIE Regenerativ GmbH wurden, zusammen mit Partnern aus dem Stadtwerkeumfeld oder über Bürgerbeteiligungen, Photovoltaik- und Windkraftanlagen erworben und in Betrieb genommen. In Summe beträgt das Erzeugungsvolumen der N-ERGIE Regenerativ GmbH aus erneuerbaren Energien mittlerweile rund 64 MW.

Die N-ERGIE AG rechnet aktuell damit, dass die geplante Ergebnisabführung in 2014 erreicht werden kann.

Bei der zweiten wesentlichen Einheit des StWN-Konzerns, der VAG, hat sich in 2013 aufgrund der in Deutschland freundlichen wirtschaftlichen Gesamtsituation der Trend der Vorjahre fortgesetzt.

Die VAG beförderte im Jahr 2013 in Nürnberg, Fürth, Stein, Erlangen sowie in kleineren Nachbarorten rechnerisch 157,0 Mio. Personen. Wie bereits in den Vorjahren entschieden sich 22 % der Nürnberger bei der Verkehrsmittelwahl für den ÖPNV. Die rechnerische Zahl der Fahrten im öffentlichen Personennahverkehr (ÖV-Fahrten) stieg damit leicht um 0,2 % von 156,77 Mio. auf 157,04 Mio. Personen.

Die eigenen Verkehrszählungen der VAG mithilfe automatischer Zählanlagen (U-Bahn) ergab für 2013 einen Fahrgastzuwachs von 2,0 %.

Die Umsatzerlöse der VAG sanken im Geschäftsjahr 2013 um 9,5 Mio. € oder 6,2 % auf 143,6 Mio. €. Der Rückgang ist im Wesentlichen auf den Wegfall der Betriebsführungsverträge mit der ESTW in Höhe von 11,6 Mio. € zurückzuführen. Die Verkehrserlöse inklusive Verkehrsnebenenerlöse erhöhten sich im Berichtsjahr um 1,3 % auf 117,7 Mio. €. Die Steigerung resultierte aus der Tarifierhöhung zum 01. Januar 2013 sowie der Anpassung des Einnahmeaufteilungsschlüssels.

Ergebnisrisiken ergeben sich unter anderem aus der bislang ungeklärten Perspektive der öffentlichen Investitionsförderung. Im Zeitraum von 2014 bis 2019 erreichen 42 Altfahrzeuge des Typs DT1, die aktuell auf der U-Bahn-Linie U1 im Einsatz sind, ihr kalkuliertes Lebensdauerende. Die Finanzierung der Ersatzbeschaffung sowie weiterer notwendiger Investitionen ist bisher nicht abschließend geklärt. Aufgrund rückläufiger öffentlicher Zuschüsse seitens des Freistaates Bayern,

wären die Maßnahmen im dreistelligen Millionenbereich zu großen Teilen durch die VAG zu tragen.



Klinikum Nürnberg

Das Klinikum schließt das Geschäftsjahr 2013 mit einem Jahresüberschuss von rund 0,8 Mio. € (Vorjahr: Jahresfehlbetrag von rund 4,7 Mio. €) ab. Damit liegt das Jahresergebnis gegenüber dem Wirtschaftsplan um rund 375 T € besser als geplant. Der Wirtschaftsplan 2013 hatte einen Jahresüberschuss in Höhe von 422.000 € ausgewiesen.

Für das Geschäftsjahr 2014 schließt der Erfolgsplan des Klinikums mit einem Jahresüberschuss von 2,9 Mio. € ab.

Eine große wirtschaftliche Herausforderung im Rahmen der mittelfristigen Unternehmensplanung stellt die mittel- und langfristige Sicherstellung der finanziellen Handlungsfähigkeit dar. Vor dem Hintergrund des investiv bedingten erheblichen Liquiditätsbedarfs der kommenden Jahre, zählt hierzu insbesondere, eine ausreichende Innenfinanzierung zu gewährleisten und den Fremdfinanzierungsbedarf auf ein tragfähiges Niveau zu begrenzen.

Um auch mittel- und langfristig finanziell handlungsfähig zu bleiben, ist die in der Vergangenheit angestrebte „Schwarze Null“ aufgrund der hohen eigenfinanzierten Investitionsbedarfe zukünftig nicht mehr ausreichend, um sicherzustellen, dass das Klinikum wirtschaftlich aus eigener Kraft seinen Versorgungsauftrag erfüllen kann.

Ende des ersten Quartals 2014 lässt sich eine leicht positive Entwicklung der Fallzahlen sowie des „Casemix“ (Summe der mit dem kaufmännischen Schweregrad gewichteten Behandlungsfälle) im Vergleich zum Vorjahreszeitraum feststellen. Der abgerechnete Casemix, vor Prüfung durch den Medizini-

schen Dienst der Krankenkassen, bewegte sich im ersten Halbjahr in etwa auf dem Vorjahresniveau.

Der Landesbasisfallwert wurde 2014 gegenüber dem Vorjahr um rund 3,2 % erhöht und entspricht in etwa den erwarteten Steigerungsraten der Personal- und Sachkosten. Des Weiteren wird 2014 ganzjährig der im August 2013 eingeführte Versorgungszuschlag fortgeführt. Ursprünglich sollte dieser Zuschlag ab 2015 entfallen. Derzeit zeichnet sich zwar eine Verlängerung dieser Sonderfinanzierung um eine Jahr ab, die genaue Ausgestaltung ist jedoch noch offen.

Das bedeutet, dass das Klinikum - trotz dieser zunächst positiven Ausgangslage für 2014 - bereits im laufenden Jahr Maßnahmen einleiten muss, um dem ggf. erneuten Auseinanderlaufen der Entgeltentwicklung und der allgemeinen Kostensteigerung im Jahr 2015 entgegenzuwirken.



Flughafen Nürnberg GmbH

Mit der Akquisition der Air Berlin, dem gemeinsamen Aufbau und der ständigen Weiterentwicklung des Drehkreuzes ab 1997 sowie der permanenten Streckenoptimierung mit den übrigen Airlines konnte der Flughafen Nürnberg bis 2007 z. T. überproportionale Wachstumsraten erzielen.

Dieses Wachstum zog umfangreiche Investitionen in die Infrastruktur nach sich, die in der Vergangenheit ihrerseits erhebliche Finanzierungsmittel erforderten. Die Kapazität des Flughafens Nürnberg liegt bei 5,0 Mio. - 5,5 Mio. Passagieren.

Die Investitionen der Jahre 2006 - 2009 und die Refinanzierung auslaufender Darlehen wurden im Jahr 2006 durch ein Konsortialdarlehen langfristig finanziert.

Mit Beginn der Finanz- und Wirtschaftskrise in 2008/2009 blieb aber dieses Wachstum nicht nur aus,

sondern die Krise hat zu einem massiven Verkehrs- und Umsatzeinbruch geführt. Mit aktuell 3,315 Mio. Passagieren im Jahr 2013 am Flughafen Nürnberg bleibt die Verkehrs- und Umsatzentwicklung aktuell nachhaltig unter der damaligen Erwartung. Dies entspricht zugleich einem Rückgang von 8,0 % im Vergleich zum Vorjahr. Vor allem die Einstellung des Air Berlin-Drehkreuzes und damit die Ausdünnung des touristischen Angebots wirkten sich negativ aus. Die Anzahl der Passagiere, die in Nürnberg aus- oder einstieg (Lokalpassagiere), blieb jedoch stabil und der Linienverkehr konnte mit 2,6 % Wachstum auf 2,1 Mio. Fluggäste sogar leicht zulegen.

Mit dem zunehmenden Wettbewerb unter den Airlines und zwischen den Flughäfen erhöht sich gleichzeitig der Druck auf die für die Nutzung der Infrastruktur und der Dienstleistungen des Flughafens erhobenen Entgelte. Der aktuelle Markt- und Wettbewerbsdruck erschwert es, kostendeckende Preise am Markt durchzusetzen, ohne dadurch das Streckenangebot zu gefährden. Vielmehr erwarten die Airlines zur Sicherung des bestehenden Verkehrs mehr und mehr preisliche Zugeständnisse.

In 2013 hat sich das Jahresergebnis der Flughafen Nürnberg GmbH im Vorjahresvergleich verschlechtert (Jahresfehlbetrag 2013 i.H.v. 3,9 Mio. €). Aufgrund von Einsparungsmaßnahmen ist das Ergebnis um rund 1,2 Mio. € besser als geplant. Das handelsrechtliche Jahresergebnis bleibt jedoch weiterhin stark geprägt durch Abschreibungen und Zinsen aus den Investitionen der zurückliegenden Jahre.

Das Marktumfeld der Flughafen Nürnberg GmbH befindet sich aktuell weiterhin in einer dramatischen Veränderung mit zunehmender Marktbereinigung.

Sparprogramme der wichtigsten Airlines mit erheblichen Kapazitätsreduzierungen und Konzentration auf große Flughäfen sowie Marktaustritte, vor allem bei Regionalairlines führen zu einer anhaltend sehr schwierigen Situation für mittlere und kleinere Flughäfen.

Die Stadt Nürnberg und der Freistaat Bayern als Gesellschafter der Flughafen Nürnberg GmbH haben daher verschiedene Maßnahmen ergriffen, mit dem Ziel, die Voraussetzungen für eine positive wirtschaftliche Entwicklung des Flughafens zu schaffen. Die Maßnahmen sollen die Kapitalausstattung des Flughafens verbessern, auf der Kostenseite für Einsparungen sor-

gen und gleichzeitig auf der Marktseite wieder positive Entwicklungen ermöglichen.

Die Gesellschafter haben bereits Ende 2011 beschlossen, Bareinlagen im Gesamtvolumen von 40 Mio. € an die Flughafen Nürnberg GmbH zu leisten, um damit die Kapitalausstattung des Flughafens zu verbessern. Die Zuführung der Bareinlage erfolgt paritätisch, d.h. zu gleichen Teilen durch den Freistaat Bayern und die Stadt Nürnberg. Die Beiträge (Bareinlage) der Stadt Nürnberg für 2015 in Höhe von 3,75 Mio. € sind im Haushaltsplanentwurf enthalten.

Angesichts der geschilderten Entwicklung des Marktumfeldes hat die Geschäftsführung in Abstimmung mit den Gesellschaftern darüber hinaus ein Konzept für eine langfristig tragfähige Unternehmens- und Finanzierungsstruktur ausgearbeitet, mit dem Ziel, Handlungsoptionen aufzuzeigen, welche die Gesellschaft in die Lage versetzen, Betrieb und Weiterentwicklung des Flughafens wieder aus eigener Kraft zu bewältigen.

Zur Sicherstellung einer stabilen Finanzierungsstruktur der Flughafen Nürnberg GmbH sind im Ergebnis als Gesamtpaket mit den, zu einem großen Teil bereits umgesetzten, Restrukturierungs- und Konsolidierungsmaßnahmen der Flughafen Nürnberg GmbH sowie den Beiträgen der Belegschaft des Flughafens, auch weitere Gesellschafterleistungen in Form von Kapitalzuführungen und der Gewährung von Darlehen erforderlich.

Die Gesellschafter haben daher, vorbehaltlich einer EU-beihilferechtlichen Unbedenklichkeit, ihre grundsätzliche Bereitschaft erklärt, zusätzliche Bareinlagen im Gesamtvolumen von 40 Mio. € an die Flughafen Nürnberg GmbH zu leisten, die je hälftig vom Freistaat Bayern und der Stadt Nürnberg getragen werden. Eine Auszahlung der Bareinlagen ist für 2015 vorgesehen. Der Beitrag (Bareinlage) der Stadt Nürnberg wurde bereits vollumfänglich im Jahresabschluss 2013 abgebildet.

Hinzu kommt die Gewährung von Fremdkapital zu marktüblichen Bedingungen. Der Freistaat Bayern wird hierzu ein langfristiges Gesellschafterdarlehen in Höhe von 20 Mio. € gewähren. Die Stadt Nürnberg erweitert die Kreditlinie des bereits bestehenden Betriebsmittelkredites bei der Stadtkasse um 10 Mio. €.

Bereits im abgeschlossenen Geschäftsjahr 2013 hat der Aufsichtsrat einstimmig beschlossen, dass Herr Dr. Michael Hupe als Alleingeschäftsführer die Nachfolge der bisherigen Flughafen-Geschäftsführer Herr Karl-

Heinz Krüger und Herr Harry Marx übernimmt. Herr Dr. Hupe hat zum 01.11.2013 seinen Dienst angetreten.

wbg Nürnberg GmbH

In 2013 erzielte die Unternehmensgruppe einen Jahresüberschuss von rund 12,4 Mio. € (Vorjahr 12,5 Mio. €). Der Jahresüberschuss der wbg Nürnberg GmbH lag bei 12,2 Mio. € (Vorjahr 12,8 Mio. €).

Die Bilanzsumme der WBG Nürnberg Gruppe hat sich von 510,4 Mio. € im Vorjahr auf rund 521,5 Mio. € erhöht. Das Eigenkapital ist auf 176,5 Mio. € (Vorjahr 164,1 Mio. €) gestiegen und hat damit erneut den Wert des Unternehmens gesteigert.

Die Ertragssituation hat sich damit erfreulich positiv entwickelt, auch wenn die Unternehmensgruppe nicht auf Gewinnmaximierung ausgerichtet ist.

Die Durchschnittsmiete aller wbg-eigenen Wohnungen stieg pro Quadratmeter Wohnfläche und Monat um 0,09 € auf 5,56 €, die der Unternehmensgruppe ebenfalls um 0,09 € auf 5,64 €. Dieser Wert liegt deutlich unter dem Mittelwert des aktuellen Nürnberger Mietenspiegels. Gerade hier wird deutlich, dass die wbg dämpfend auf die Mietpreisentwicklung in Nürnberg einwirkt und eine sehr verantwortungsvolle Mietpreispolitik umsetzt, die nicht auf Gewinnmaximierung ausgerichtet ist, sondern den satzungsmäßigen Auftrag der wbg Nürnberg GmbH ernst nimmt.

Dies zeigt auch das hohe Niveau der Instandhaltungsausgaben für den Wohnungsbestand. Die wbg-Unternehmensgruppe hatte 2013 Ausgaben für laufende Instandhaltung und Modernisierung in Höhe von 29,3 Mio. € (Vorjahr 29,7 Mio. €).

Eine zentrale Aufgabe in den nächsten Jahren ist die weitere Entlastung des Wohnungsmarktes durch die verstärkte Neubautätigkeit. Hierzu sollen rund 1.000 Wohneinheiten neu errichtet werden, etwa hälftig im Bereich des Mietwohnungsbaus und des Wohneigentums.

Die wbg Nürnberg GmbH rechnet aktuell damit, dass das geplante Jahresergebnis in 2014 (Jahresüberschuss i.H.v. 11,2 Mio. €) erreicht werden kann.

NürnbergMesse GmbH

Die NürnbergMesse Group erzielte im Geschäftsjahr 2013 einen Umsatz von knapp 193 Mio. €.

Im Vergleich zum (messe-)turnusgemäß entsprechenden Geschäftsjahr 2011 ist der Umsatz damit um 11 % gestiegen. Ein Vergleich zum Vorjahr ist aufgrund der unterschiedlichen Taktung der Messen und Veranstaltungen nur bedingt aussagekräftig. Erwartbar und geplant war somit auch, dass 2013 unter dem Ergebnis von 2012 liegt. 2012 stellte das stärkste Geschäftsjahr in der Unternehmensgeschichte dar: 236 Mio. € Umsatz und ein Jahresüberschuss von 10,1 Mio. €.

Als Jahresfehlbetrag erzielte die NürnbergMesse Group in 2013 ein Ergebnis nach Steuern von -5,3 Mio. Euro.

Insgesamt umfasste das Portfolio der NürnbergMesse Group 2013 174 Fachmessen, Kongresse, Publikumsveranstaltungen und Firmenevents. Die Veranstaltungen zählten insgesamt 26.818 Aussteller (2011: 25.808) und rund 1,13 Mio. Besucher (2011: 1,11 Mio.). Die verkaufte Nettofläche stieg im Vergleich zum Referenzjahr 2011 um 5 % und lag bei über 808.000 m² (2011: 767.000 m²). Die Zahl der internationalen Aussteller erreichte ebenfalls eine Steigerung um 5 % auf 9.961 (2011: 9.519). Die Anzahl internationaler Besucher verzeichnete einen leichten Rückgang um 1 % auf 164.000 (2011: 166.000). Die internationale Nettofläche stieg um ca. 1 % auf 212.228 m² (2011: 210.353 m²).

In der ‚Besten-Liste‘ des Messeplatzes Deutschland ist die NürnbergMesse Group hinsichtlich des Umsatzes in 2012 erstmals auf Platz 6 vorgerückt. Dieser Platz konnte auch in 2013 gehalten werden.

Für das laufende Geschäftsjahr zeigt sich zum 1. Halbjahr, dass im Vergleich zur jeweiligen Vorveranstaltung bei Internationalen Fachmessen am Messeplatz Nürnberg weiter zugelegt werden kann. Bei Ausstellern um 4 %, bei der Aussteller-Standfläche um 7 % und bei Besuchern etwa um 8 %.

Für das Jahresergebnis wird eine leichte Verbesserung gegenüber den Planwerten des Wirtschaftsplans 2014 erwartet. Dieser sieht für 2014 ein positives Jahresergebnis von rund 3,6 Mio. € vor.

Noris Arbeit gGmbH

Im Geschäftsjahr 2013 wurden in der NOA umfangreiche Restrukturierungsmaßnahmen umgesetzt. Dies war notwendig, um den für die Gesellschaft negativen arbeitsmarktpolitischen Entwicklungen entgegenzuwirken. Der Umstrukturierungsprozess wurde in 2012 begonnen und soll 2014 abgeschlossen sein.

In 2013 erwirtschaftete die NOA daher einen operativen Verlust in Höhe von 4,8 Mio. €. Darin enthalten sind Abfindungszahlungen auf Grundlage der zur Erreichung des notwendigen Personalabbaus abgeschlossenen Betriebsvereinbarung (sog. „Jobplan“) in Höhe von 1,3 Mio. €.

Im Geschäftsjahr 2013 haben 61 Personen auf Grundlage der Betriebsvereinbarung einen Auflösungsvertrag mit dem Unternehmen geschlossen.

Aufgrund der im Jahr 2012 eingeleiteten Maßnahmen zur Anpassung der Geschäftstätigkeit und der Struktur des Unternehmens an die aktuellen Möglichkeiten, Umsätze zu erwirtschaften, geht die Geschäftsführung davon aus, dass im Jahr 2014 das Volumen der Geschäftstätigkeit stabil gehalten werden kann. Aufgrund der Umstellung der Finanzierungssystematik durch die Stadt Nürnberg auf projektbezogene Zuschüsse an die NOA, wird es ab dem Jahr 2014 keinen Verlustausgleich mehr geben.

Entsprechend der vom Aufsichtsrat beschlossenen Haushaltsplanung für 2014 ist für das operative Geschäft erstmalig eine „schwarze Null“ geplant. Trotzdem war ein weiterer Personalabbau und -umbau notwendig, der bis 31.12.2013 beendet wurde.

Die Entwicklung der Beschäftigung von Teilnehmern in den Servicebetrieben der NOA verläuft in 2014 positiv. So konnten im Rahmen von Ausschreibungen und Anträgen neue Maßnahmen und Projekte realisiert werden. Auch wurde die negative Entwicklung bei den Arbeitsgelegenheiten mit Mehraufwandsentschädigung gestoppt. Es zeichnet sich in diesem Zusammenhang eine leicht positive Entwicklung ab.

noris inklusion gemeinnützige GmbH

(vormals: Werkstatt für Behinderte der Stadt Nürnberg gGmbH)

Das Geschäftsjahr 2013 ist deutlich besser verlaufen als das Vorjahr, da die Beendigung von Rechtsstreitigkeiten über Entgelte mit dem überörtlichen Sozialhilfeträger zu einem für die Erlössituation positiven Ende geführt werden konnten. Im Arbeitsbereich sind die Entgelteinnahmen deutlich gestiegen.

Insbesondere aufgrund der höheren Entgelte konnte der Verlust im Jahresergebnis 2013 auf -0,5 Mio. € im Vergleich zum Vorjahr (-1,1 Mio. €) gesenkt werden.

Das Thema Entgelte wird auch in Zukunft prägend sein, da die Entgelte die Haupterlöse des Unternehmens darstellen. Die noris inklusion gemeinnützige GmbH erwirtschaftet im Werkstattbereich aktuell 71 % der Gesamterlöse im Entgeltbereich über die Sozialleistungsträger. Beim Gesamtumsatz des Unternehmens beträgt die Quote der durch Entgelte erzielten Erlöse 79 %.

Damit wird deutlich, dass für die angebotenen Leistungen auch kostendeckende Entgelte von den Sozialleistungsträgern erzielt werden müssen. Dies stellt einen entscheidenden Schlüssel zur Verbesserung der Ergebnissituation dar.

Augenfällig war sicherlich auch die Umfirmierung Anfang 2013 im Rahmen einer Satzungsrevision. Die Satzung der Werkstatt für Behinderte stammte aus dem Jahr 1980. Seit dieser Zeit hat sich das Aufgabengebiet der Gesellschaft stark verändert. Aufgrund der Anpassungen der Angebote bestand zwischenzeitlich nur noch eine teilweise Deckung der Tätigkeit der Gesellschaft mit dem eingetragenen Satzungszweck.

Vor diesem Hintergrund wurde der Gegenstand der Gesellschaft an die aktuellen Gegebenheiten angepasst. Gleichzeitig hat die Werkstatt für Behinderte ihren Firmennamen in "noris inklusion gemeinnützige GmbH" geändert um dem an die tatsächlichen Gegebenheiten angepassten Satzungszweck Ausdruck zu verleihen.

F.9 Zusammenfassung und Ausblick

In der Zusammenschau der Zahlen des Haushaltsplans 2015 und der Entwicklung der letzten Jahre zeigen sich insgesamt solide Verhältnisse:

- 2013 viertes positives Haushaltsergebnis in Folge und unter Einbezug der Eigenbetriebe Abbau der Verschuldung um 24,2 Mio. € bzw. 13,3 Mio. € im Kernhaushalt alleine mit PPP-Verbindlichkeiten zum Jahresende 2013.
- Haushalt 2015 zum dritten Mal in Folge vom Ergebnis her positiv und mit stabiler Liquiditätslage in der Planung.
- All dies trotz des Umstands, dass Nürnberg in all den Jahren entgegen des bundesweiten Trends seinen Investitionshaushalt hoch gehalten und nunmehr gegenüber dem letzten Vierjahresplan noch einmal brutto um 8,7 v.H. gesteigert hat.

Dass der Kernhaushalt 2015 erstmals wieder eine Neuverschuldung von 9,9 Mio. € in der Planung bedeutet, ist bedauerlich, jedoch mit drei Ursachen zu erklären. Und diese Punkte sind auch die Antwort auf die öffentlich immer wieder diskutierte Frage, warum es denn die öffentliche Hand, in diesem Fall die Stadt Nürnberg, in Zeiten von „Rekordsteuereinnahmen“ nicht schafft, ihre Verschuldung schneller abzubauen? Meist wird diese Frage dann gleich verbunden mit der Annahme, dass man dies ja schaffen könnte, wenn man nur wollte...

Aber zurück zu den wirklichen Ursachen unserer aktuellen Haushaltsentwicklung:

- Die Einnahmenseite entwickelt sich im Bereich der Kommunen in Deutschland und Bayern nicht so deutlich nach oben wie in den Medien oft unterstellt. Bundesweit haben mindestens 30 Städte im Lauf des Jahres 2014 deshalb eine Haushaltssperre erlassen und auch in Bayern haben wir es wie in vergangenen Jahren mit durchaus unterschiedlichen Verläufen in den kreisfreien Städten zu tun. Nürnberg steht mit der schwächeren Entwicklung der Gewerbesteuer gegenüber 2013 nicht allein. Es ist folgerichtig, dass die Erwartungswerte für 2015 an dieser Stelle nach unten korrigiert werden

und damit die Einnahmenseite ein Grund für das insgesamt schwächere Planergebnis für 2015 ist.

- Und damit zum zweiten Punkt, der die Ausgaben-seite betrifft. Nachholende Tarifentwicklungen, die die Personalkosten hochtreiben, im Verbund mit ebenfalls zu beseitigenden Defiziten im Verwaltungsbereich aufgrund von Leistungsausweitungen (Kinderbetreuung, Bürgerdienstleistungen) verursachen einen deutlichen Zuwachs bei den Personalkosten. Dies wird ergänzt durch einen weiteren Anstieg der Sozialleistungen, verursacht durch gesellschaftliche und demographische Entwicklungen, die nur bedingt unseren Steuerungsinstrumenten zugänglich sind. Dies kann beklagt und kritisiert werden, ist aber ein bundesweiter Fakt, den wir in Nürnberg im Vergleich noch gut bewältigen.
- Und der dritte Punkt ist aus den letzten Jahren bereits bekannt, gewinnt jedoch eher an Bedeutung: Die Ertüchtigung der Kerninfrastruktur in den Bereichen Bildung und Kinderbetreuung, Kultur und wesentlich Verkehr erfordert alle Ressourcen und verhindert nachhaltig deutlichen Schuldenabbau in einer Kommune wie Nürnberg. Umso wichtiger erscheint der Blick über den mittelfristigen Vierjahreszeitraum hinaus, denn der Investitionsdruck flacht keineswegs ab. Und auch im mittelfristigen Bereich bis 2018 zeigt der Finanzplan, dass es für Nürnberg sehr schwer wird, dies alles auszubalancieren.

Deshalb ist das im Herbst 2014 diskutierte Szenario 2026 so wichtig für die nächsten Entscheidungen des Stadtrats. Das Ziel des Haushaltsausgleichs und der Fortsetzung des Investitionsprogramms bei Aufrechterhaltung der Leistungen für die Bürgerinnen und Bürger in Einklang zu bringen mit dem Versuch, die Verschuldung zu reduzieren, erfordert einen klaren Blick auf die Entwicklung der Einnahmen- und Ausgaben-seite. Dabei müssen sowohl Überlegungen eine Rolle spielen, die den eigenen Handlungsspielraum betreffen, als auch Unterstützungspotentiale durch Bund und Land eingefordert und einbezogen werden.

Wichtig dabei ist, dass die kommunale Seite und damit auch der Nürnberger Stadtrat im Rahmen der anstehenden Haushaltsberatungen seine konstruktive Position des Handelns auf zwei Ebenen fortführt: das Mögliche und Notwendige, das im eigenen Verantwortungsbereich sinnvoll ist, anzupacken und daneben gegenüber Bund und Land das Unabdingbare einzufordern, das als „Hilfe zur Selbsthilfe“ wichtig ist.

Nürnberg, im Dezember 2014

A handwritten signature in black ink, consisting of a stylized 'H' followed by a cursive 'R' and a long horizontal stroke.

Harald Riedel, Stadtkämmerer Nürnberg